

40 B 99999-8

Brache  
Schlüsselwörter

---

Schriften  
der Carl Friedrich von Siemens Stiftung  
herausgegeben von  
Anton Peisl und Armin Mohler

im Propyläen Verlag

**NACHLASS R. ELZE**

Sonderdruck aus  
Band 1  
Der Mensch und seine Sprache

---

Dear colleagues please  
with best regards  
W. J. Brown

---

KARL DIETRICH BRACHER

## Schlüsselwörter in der Geschichte

### I

Es gibt eine überraschende Stelle in Jacob Burckhardts »Weltgeschichtlichen Betrachtungen«, wo dieser doch eher skeptisch gestimmte Beobachter seiner Zeit im Blick auf den Aufstieg der modernen Naturwissenschaften sagt: »Und nun besteht zwischen ihnen und der Geschichte nicht nur deshalb Freundschaft, weil sie . . . allein nichts von ihr verlangen, sondern weil diese beiden Wissenschaften allein ein objektives, absichtsloses Mitleben in den Dingen haben können.«<sup>1</sup> Daß Geschichte aber nicht absichtslos sei und nicht völlig objektiv sein könne, gilt zur gleichen Zeit denen für sicher, die sie als Wissenschaft des Menschen und seiner Werte von den vermeintlich so exakten wertfreien Naturwissenschaften unterschieden sehen.

Der Streit um Objektivität und Wertfreiheit, der vor und nach Max Weber und Arnold Brecht unsere Wissenschaftsdiskussion umtreibt,<sup>2</sup> gelangt regelmäßig an einen Engpaß, der nur schwer zu passieren ist: das Problem der Wörter und Begriffe. Webers und Brechts Thema war die Unterscheidung zwischen Feststellung von Tatsachen und Abgabe von Werturteilen, die Trennung von wissenschaftlicher Wert-Freiheit und persönlichem, philosophisch-ethischem Festhalten an unverrückbar festen Werten. Aber bei der Begriffsbildung treffen beide zusammen, ist jene Trennung kaum durchzuhalten. Max Weber selbst hat zu dem Dilemma ebenso beigetragen wie die früheren Theoretiker und Philosophen der Geschichte, Politik, Gesellschaft, indem er das Vokabular um idealtypische Begriffe erweitert hat, die inzwischen die Sozialwissenschaft beherrschen, aber (schon seit Otto Hintzes Typologie) auch die Historiker beeindruckten. Man denke nur an die gegenwärtige Omnipräsenz eines Schlüsselwortes wie Legitimität (und in

seinem Schlepptau die »Legitimitätskrise«),<sup>3</sup> welches das schwer Vereinbare auf eine Formel zu bringen beansprucht: Begründung und Analyse, Urteil und Prognose in einem zu leisten.

In der Tat ist die Wissenschaftsfrage in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht zuletzt ein Problem der Sprache geblieben: Terminologie und Vokabular entscheiden über Wege zur Ermittlung von Irrtum und Wahrheit, über Wertung und Interpretation. Dabei ist allerdings klar zu trennen zwischen dem Bemühen um eine Wertfreiheit, die wohl erstrebt, doch nicht ganz erreicht wird, und dem Postulat bewußter Parteilichkeit, die man als Konsequenz jenes Dilemmas und im Kampf gegen einen perhorreszierten »Objektivismus« rechtfertigt – am schärfsten seinerzeit von nationalsozialistischer Seite wie gleichzeitig und bis heute von marxistisch-kommunistischer Seite.<sup>4</sup> Kurz und trügerisch waren jeweils die Hoffnungen, die auf die Verwissenschaftlichung der Geschichte und schließlich auf eine Entideologisierung der Politik gesetzt wurden: in der Aufklärung, im Positivismus oder nach den ideologischen Erschöpfungen des Zweiten Weltkriegs, zumal in Deutschland. Aber nicht erst in der Politik unserer Tage, die belagert ist von Ideologien und überflutet von Informationen durch kulturbeherrschende Massenmedien, zeigt sich, welche Bedeutung dem *Streit der Worte* und welche Verführungskraft der sprachlichen Handhabung und Politisierung bestimmter Begriffe zufallen. Das gilt auch schon für die Ausbildung unseres historisch-politischen Vokabulars in der griechisch-römischen Antike und weiterhin für die großen Konflikte und Weichenstellungen der Geschichte, deren Verlauf nicht zu denken ist ohne ideell besetzte und international ausgeweitete Schlüsselwörter, die in vielen Sprachen zu Zaubeworten aufsteigen oder gemacht werden. Wörter wie Demokratie, Republik und Imperium, Renovatio und Renaissance, wie Reform und Revolution, wie Feudalismus und Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus, Faschismus und wieder Demokratie: sie dienen als Epochenbezeichnungen und Kampfprogramme, als umfassende Handlungsrechtfertigungen im Ringen der Herrschenden um die Zustimmung der Beherrschten und als Geschichtsdeutungsmuster, ob nun ihr wissenschaftlich-rationaler Anspruch hervorgehoben oder ihr magisch-irrationaler Gehalt wirksam wird. Und sofern Kommunikation das Verhalten anderer Menschen zu beeinflussen sucht, könnte man Geschichte charakterisieren als fortwährenden Kampf um Worte und um die Macht als Fähigkeit, Schwächeren die Bedeutungsinhalte von sprachlichen Symbolen vorzuschreiben.<sup>5</sup>

*Wörter machen Geschichte:* so möchte man gelegentlich den altbekannten Spruch »Männer machen Geschichte« abwandeln, ergänzen oder auch widerlegen. Dabei kann es natürlich nicht um ein Auflösen von Geschichte und Politik in Sprache gehen. Das hieße denselben Fehler machen wie die

eindimensionalen, monokausalen Ableitungen und Erklärungsmuster, die der aufgeregten Erwartung der Zeitgenossen entsprechen, *einen* Schlüssel zur Deutung der Geschichte zu empfangen, sie »auf den Begriff zu bringen«. Zumal Hegel und die Hegelianer wirken als unerschöpfliche Lieferanten solcher Schlüsselformeln:<sup>6</sup> *Völker* machen Geschichte, folgert man seit Herder aus dem Aufstieg des Nationalstaats (und: Rassen machen Geschichte, lautete die Übersteigerung); *Klassen* machen Geschichte, so tönt der alt-neue Marxismus im Gewande eines sozio-ökonomischen Wissenschaftsanspruchs; *Ideen* machen Geschichte, entgegnet man unter Berufung auf denselben Hegel und auf die Macht der modernen Ideologien, aber auch auf die geschichtsformende Gewalt der Rom-Idee seit zwei Jahrtausenden; die *Wirtschaft* ist das Schicksal, so deutet man mit Walter Rathenaus Wort oder John Meynard Keynes' Theorie die moderne Erfahrung von der ökonomischen Bedingtheit politischen Handelns und Gestaltens. Begriffe, Wörter, Formeln beherrschen das Mühen und Streiten um Geschichtsbilder, um das Erfassen und Aktualisieren der Vergangenheit, um das historische Verständnis der Gegenwart. Im Anfang war das Wort, heißt es vom Gott des Johannes-Evangeliums, und Doktor Faustus müht sich um das Problem.

Unsere Betrachtung steht unter zwei Einschränkungen. Wir handeln von den Erfahrungen im Umgang mit der politischen Ideengeschichte und mit ihrer zeitgeschichtlichen Dimension; vor dem Sprachwissenschaftlichen steht das politisch-historische Interesse. Es geht auch nicht um die philosophisch-wortgeschichtliche Frage nach Schlüsselwörtern *der* Geschichte, sondern um die interpretatorische Frage nach ihrer Bedeutung und Funktion *in der* Geschichte. Die Wörter treten dabei nicht als isolierte Einzelgebilde auf: Schlüsselwörter heißt für die historisch-politische Betrachtung zugleich auch Schlüsselbegriffe, Schlüsselformeln, Schlüsselfiguren des politischen Denkens und Artikulierens. Sie sind »zugleich als Faktoren und als Indikatoren der geschichtlichen Bewegung« zu betrachten, wie es Reinhart Koselleck ausdrückt.<sup>7</sup>

Und das Problem liegt auch darin, daß zwar seit den neuzeitlichen Revolutionen und der Heraufkunft des Massenzeitalters vor zweihundert Jahren eine gewaltige Erweiterung und Intensivierung, ein ausgreifender Bedeutungswandel und zugleich zahlreiche Neuschöpfungen (Neologismen) im politischen Vokabular sich ereignen; aber die vorrevolutionäre und vormoderne Herkunft von Schlüsselbegriffen oder auch ihre Neuschöpfung aus althistorischen Reminiszenzen (zumal Ismen wie Cäsarismus, Utopismus, Kommunismus und ja auch Faschismus) macht doch die geschichtliche Dimension und historische Abhängigkeit auch eines betont antihistorischen Modernismus deutlich. Man mag heute eine im Vergleich zum 19. Jahrhundert gegenläufige Entwicklung beobachten: »Versuchte man damals, die

neuen Phänomene mit traditionellen Begriffen zu bewältigen, so scheidet man heute die traditionellen Begriffe aus, um das Neue besser sichtbar zu machen.«<sup>8</sup> Aber viele der neuen Kunstwörter, mit denen Massenmedien und Verwissenschaftlichung des Lebens operieren, lehnen sich sprachlich-assoziativ doch an historische Bezüge, terminologisch an griechisch-lateinische Bildungen an, verzichten nicht auf den Doppelbezug Geschichte–Gegenwart. Die parlamentarische Demokratie schließlich versteht sich als Regierung durch Diskussion; ihr kompliziertes System der Machtverteilung und -kontrolle räumt dem Streit der Worte erstrangige Bedeutung ein: bei der Konsensbildung durch Kompromiß und beim Regierungswechsel durch alternative Parteien, Programme, Wahlen, politische Formeln.

## 2

Es sind zwei grundlegende Erfahrungen, die unserer Frage nach Schlüsselwörtern in der Geschichte ihre schwer auslotbare Bedeutung geben. Erstens: Der Historiker erfährt, wie sehr sein Bemühen um das Beschreiben, Vergewärtigen und Interpretieren von Geschichte stets ein Problem der Sprache ist, insofern von den verwendeten Begriffen das Verständnis und das Verständlichmachen der Sache abhängt. Sei sein Bemühen noch so betont empirisch gerichtet und begründet, er kommt rasch an den Punkt, an dem sich zwischen Historikern derselben Sprache und mehr noch verschiedener Sprach- und Kulturtraditionen jenes Mißverstehen zeigt, das auf unterschiedlichen Sprachgebrauch aufgrund heterogener Erfahrungsgehalte zurückgeht: und dies auch bei scheinbar gleichen Wortbegriffen, sofern diese auf verschiedene Weise in den jeweiligen Geschichtszusammenhang eingeführt, mit subjektiven Gehalten aufgeladen werden. Beispiel: die positiven oder negativen Schwingungen des Kolonial- oder Imperialismusbegriffs, der Demokratie- oder Sozialismusformel, je nachdem ob die Völker oder Klassen oder Kulturen ihn als Subjekte oder Objekte des damit gemeinten Geschehens erfahren.

Zweitens: Sobald ein stärker systematisches oder theoretisches Interesse an der Ordnung und Deutung geschichtlicher Ereignisse und Entwicklungen entsteht, wie es so eindringlich in Thukydides' Anatomie der politischen Krise sichtbar wird, tritt die Ausweitung von Einzelbezeichnungen als ein Bedürfnis nach Generalisierung der Vorstellungen und Deutungsmuster in Schlüsselwörtern hervor. Dies spielt besonders in jenen Bereichen und Betrachtungsweisen eine Rolle, die einer Systematisierung eigens bedürfen, weil ihr Erkenntnisanspruch auf speziellen Fragestellungen begründet wird: die sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen, geistesgeschichtlichen und psy-

chologischen Betrachtungsweisen sind von vornherein auf eine generalisierende Anwendung von begrifflichen Kriterien hingewiesen, und sie produzierende oder verwenden dazu passende Schlüsselwörter von grenzüberschreitender Wirkungskraft und Ausstrahlung, auch wenn diese in einem anderen spezifischen Geschichts- und Sprachkontext entstanden sein mögen. Die problematische, forcierende Wirkung eines solchen »Konstrukts« auf die politische, aber rückwärts auch auf die historische Deutung erweist die unhistorische Pauschal-Verwendung des *Feudalismus*-Begriffs; ähnliches gilt für Begriffe wie Kapitalismus, Genossenschaft, Stände, Parlamentarismus, Bürgertum oder Nation. Doch auch Friedrich Meinecke, der Historiker des Historismus, stellt fest: »Aber begriffliches Denken folgt dem anschaulichen Denken auf dem Fuße und läßt sich den Versuch nicht nehmen, das schärfer zu umgrenzen, was uns zuerst nur anschaulich-lebendig vor Augen stand.«<sup>9</sup>

Aber darin tut sich zugleich ein Widerspruch auf zu dem Anspruch, den die moderne Geschichtsschreibung zumal seit ihrer wissenschaftlichen Verfeinerung und Eigenbegründung im sogenannten Historismus erhebt: die Besonderheit und Einzigartigkeit, das nicht Wiederholbare, das individuell Menschliche im geschichtlichen Verlauf aufzufinden und herauszuheben. Es ist die Spannung zwischen dem Individuellen und dem Typus, zwischen Einzelfaktoren und Strukturen des Geschehens, die hier unabweisbar und unauflöslich erscheint. Wenn man um die Jahrhundertwende geglaubt hat, diese Spannung durch methodologische Trennung von individualisierenden und generalisierend-gesetzmäßigen, das heißt idiographischen und nomothetischen Betrachtungsweisen als den prinzipiellen Unterschied zwischen Geistes- und Naturwissenschaften definieren zu können, so finden diese Versuche Rickerts und Windelbands an der tatsächlichen Entwicklung beider Bereiche ihre Grenzen. Die Stringenz der Unterscheidung, die ohnehin schon viele Zwischenzonen und Überschneidungen anerkennen mußte,<sup>9a</sup> macht einer verwischenden Vielfalt gerade in wichtigen Forschungsrichtungen Platz: gleichsam individualisierenden Sichtweisen in den Naturwissenschaften (zumal seit den revolutionierenden Erkenntnissen der Einsteinschen Relativitätstheorie oder der Unschärferrelation Heisenbergs), andererseits dem Vordringen typologisierender und strukturgeschichtlicher Methoden und Begriffe in den Betrachtungsweisen und im Wortschatz der sogenannten Geisteswissenschaften, mit all den umstrittenen Grenzüberschreitungen, die zumal quantifizierende Verfahren mit sich bringen. Der Einbruch naturwissenschaftlicher und technischer Denkmodelle in die politische Theorie übt schon seit Hobbes und zumal im organologischen, positivistischen, sozialdarwinistischen und systemischen Denken des 19. und 20. Jahrhunderts einen wachsenden Einfluß auf

sozialwissenschaftliche Konzepte und Terminologien aus.

Vor allem aber: Begrifflichkeit führt zur Abstrahierung der verwendeten Wörter von ihrem Ursprung und Gegenstand; je allgemeiner sie verwendet, auf eine größere Zahl von Merkmalen und Objekten bezogen werden, um Geschehenes auf einen Nenner zu bringen, desto weniger konkret ist der Gehalt. Man kann geradezu von einer Reziprozität sprechen. Auch Kants berühmter Satz, wonach Begriffe ohne Anschauung leer sind, die Anschauung ohne Begriffe aber blind bleibt, läßt das Problem offen.

Wenn nun an die Stelle der klassischen Staatsformtypologie – Monarchie, Aristokratie, Republik – die modernen Regime- und Ideenbegriffe treten, so kann ihre ungeheure Ausweitung zu politischen Kampfbegriffen und zugleich Allerweltsbegriffen – denken wir nur an Demokratie, Sozialismus, Faschismus – zu der Auffassung führen, daß ihr Unwert schließlich den Wert übersteigt, daß sie weniger erklären und verdeutlichen, also bezeichnen und begreifen machen als vielmehr verschleiern und verdecken. Ohne nähere Qualifikation werden sie nichtssagend, ja irreführend, aber auch Qualifikationen wie parlamentarische, rechtsstaatliche Demokratie oder wie freiheitlicher, demokratischer Sozialismus werden immer vager: ihre Zerdehnung, ja Verkehrung ist augenfällig und kaum vermeidbar, sofern heute praktisch alle Staaten über Parlamente verfügen, sich auf Legalität und Legitimität berufen, die je für richtig erklärte Freiheit und Demokratie zu verwirklichen beanspruchen.

Die gegenwärtige *Faschismus*-Diskussion zeigt besonders deutlich, daß eine solche Begrifflichkeit – Faschismus als Generalbegriff – letztendlich wieder nach der Ausdifferenzierung der einzelnen Staaten, Regime, Bewegungen verlangt, soll sie für Vergleiche und Analysen anwendbar sein. Spricht man aber neben dem italienischen vom »deutschen Faschismus« oder anderen Faschismen, so hat man unter den Umständen heutigen Wortgebrauchs sachliche wissenschaftliche Klarheit eher verloren als gewonnen und befindet sich überdies bestenfalls wieder bei Einzelphänomenen und Einzelbetrachtungen, die präziser und aufschlußreicher mit jenen Eigenwörtern bezeichnet werden, unter denen sie ihre betont nationale Karriere und Geschichte gemacht haben: in Deutschland stets als *Nationalsozialismus* und gerade nicht als »deutscher Faschismus«. Wenn aber der deutsche Hauptfall herausfällt, wird der Allgemeinbegriff Faschismus um so fragwürdiger. Immerhin steckt beispielsweise im *Absolutismus*- oder *Totalitarismus*-Begriff selbst (legibus absolutus, totaler Herrschaftsanspruch) schon eine inhaltliche Bestimmung, wie sie das Eigenwort Faschismus hingegen nur dem italienischen Ohr bietet, während der Begriff National-Sozialismus die politische Formel selbst zum Ausdruck bringt.<sup>10</sup>

Wir stellen also zunächst zweierlei fest: Begriffsbildung steht im Wider-

spruch zur Konkretheit und empirischen Exaktheit der historischen Sachverhalte und ihrer Deutung (sofern diese die Basis bilden und das Beispielmaterial stellen für Begriffsbildung überhaupt); sie ist freilich erforderlich, um die vergleichende Beurteilung zu ermöglichen und das Wesentliche gegenüber dem Zufälligen hervorzuheben, um auszuwählen aus der Fülle des Geschehens, es zu ordnen.

Nicht nur der Historiker, auch der Sozialwissenschaftler bleibt aber darauf angewiesen, der ständigen Gefahr der Verselbständigung, Entleerung, polemischen Generalisierung von Wörtern zu steuern. Die Vermischung von wissenschaftlicher Begriffsbildung und Generalisierung von Schlagwörtern ist so allgemein, daß es ein bequemes Mißverständnis wäre, wollte man den Unterschied zwischen Historie und Sozialwissenschaft auf die einfache Formel von der generellen Begrifflichkeit der Sozialwissenschaften bringen. Überdies mutet es widersprüchlich an, daß gerade diejenigen, die mit dem Anspruch auf »kritische Wissenschaft« antreten, sich solcher amorphen, leer gewordenen Worthülsen besonders häufig und eher unkritisch bedienen. Bezeichnend, wie in solchem Jargon davon gesprochen wird, Geschichte zu »verbalisieren« – ein manipulatives Verständnis oder auch gedankenlos technologisches Abstrahieren – oder wie »bloß verbal« im Gegensatz zu substantiell oder wirklich gesehen wird.

Nun soll hier nicht einem rigiden Nominalismus das Wort geredet und die heuristische Bedeutung von Allgemeinbegriffen überhaupt geleugnet werden. Es zeigt sich vielmehr jene Doppeldeutigkeit und Ambivalenz des alten Wortes *nomina sunt res*, deren sich seit je Propagandisten und Manipulatoren bedient haben: daß die Wörter selbst der Wirklichkeit entsprechen und zugleich aus ihr hervorgehen, daß sie den Anspruch erheben, die Sache selbst zu sein und doch fast beliebig veränderbar sind. Man denke einerseits an die scharfsinnige Relativierung der politisch-historischen Sprache, die schon Homer an dem geschwätzigen Thersites demonstriert oder die Thukydides im peloponnesischen Krieg beobachtet: »Wörter mußten damals ihre herkömmliche Bedeutung ändern und neue Bedeutungen annehmen« (III/22) – Sprache als Waffe oder gar Herrschaftsmittel. Man denke andererseits an das bestürzend rasche, scheinbar anonyme Aufsteigen von Wörtern, die plötzlich ganze Denkbereiche und Sehensweisen durchdringen und offenbar ein entsprechendes Bedürfnis, eine elementare Sache selbst dokumentieren. Ältere Begriffe wie *Öffentlichkeit*, *Interesse*, *gesellschaftliche Bedürfnisse* treten einen Siegeszug an, der im Zeichen des Soziologismus alle ursprünglichen Grenzziehungen niederwalzt. Statt der Unterscheidung wird geradezu die Identität von Erkenntnis und Interesse, von Öffentlichkeit, Gesellschaft und Staat gesetzt: die Habermas-Welle, begierig aufgenommen und vulgarisiert.

Oder den alten treten scheinbar neue Wörter gegenüber: so jüngst etwa das Bedürfnis, dem verbrauchten Vokabular in den Kirchen die Bedeutung des Gefühls und das Verlangen nach Vergeistlichung entgegenzuhalten – Verlangen nach dem, was seit der Nairobi-Konferenz von 1975 mit dem Begriff *spirituality* vordringt. Plötzlich hängen sich überall Titel, Thesen, Tagungen an ein Zauberwort, das nicht neu ist und doch Neues bezeichnet oder bezeichnen will. Hier zeigt sich auch wie bei allen Schlüsselwörtern das Problem der Übersetzbarkeit, heute besonders akut durch die englische – wie früher die lateinische – Dominanz in terminologischen Entwicklungen: *spirituality* ist umfassender, bezeichnet eine Art anthropologischer Grundkategorie, während Spiritualität eher die Unterscheidung von geistlich und geistig meint, die das Englische so nicht kennt. Auch daraus kann die Unschärfe eines Modeworts stammen.<sup>11</sup>

Die Thematik kompliziert sich noch weiter durch den Umstand, daß der Begriff der *Geschichte* selbst ja höchst schillernd und vielfach mißbraucht, daß er mehrdeutig oder mindestens zweideutig ist: Geschichte als Geschehenes und zugleich als seine nachträgliche Darstellung. Das ist eine Komplikation, die nicht nur in der deutschen Sprache liegt, sondern dem einleitend genannten Grundproblem einer Ambivalenz-Spannung entspricht, mit der wir es überhaupt zu tun haben: daß nämlich Wörter Geschichte machen und daß aus Geschichte wiederum, sich auf sie berufend, die Wörter stammen. Oder im Sinne eines der Zeit und ihren Umständen gerecht werdenden Historismus gesehen: historisches Verstehen bedarf der Sprache und bringt zugleich die Sprache des Historikers hervor.<sup>12</sup>

In der Tat leben Wörter und Begriffe, wie es Joachim Rohlfes formuliert, »von der Spannung zwischen rationaler Fixierung und arationaler Realität. Wo vergessen wird, daß der Begriff, das gedankliche System, die Theorie nur vorläufige Annäherungen an die vielgestaltige, logisch nicht völlig kommensurable Wirklichkeit sind, droht die Erstarrung in Schablone und Schematismus. Es ist der Hauptmangel der marxistischen Geschichtswissenschaft, daß sie ihren theoretischen Prämissen zumeist nicht diejenige Offenheit und Elastizität zu bewahren versteht, die es verhindern, daß die vorgegebene Doktrin die empirischen Befunde der historischen Einzelforschung vergewaltigt. Ihre an sich fruchtbaren Hypothesen drohen zu fixen Formeln zu gerinnen, über deren Realitätsgehalt nicht mehr gestritten werden darf«. Und dafür sorgt dann noch wirksamer das politische System. Massiert verwendete, zu Stereotypen geronnene Schlüsselbegriffe wie Bourgeoisie, Klassenkampf, Werktätige, Massenbasis wirken dann »wie Filter . . . die nur bestimmte Aspekte der historischen Wirklichkeit durchlassen und andere ganz ausblenden«.<sup>13</sup>

Im folgenden soll nun versucht werden, das Thema in drei Anläufen

anzugehen. Wir fragen erstens nach der Bedeutung, die Wörter im Prozeß bestimmter wiederkehrender Formen und Figuren des politischen Denkens erlangen. Wir betrachten zweitens den Vorgang, wie besondere Ideen und Begriffe, die in einem spezifischen Zusammenhang entstehen und stehen, sukzessive verallgemeinert und zu Allerweltsbegriffen werden. Wir richten den Blick schließlich auf den Fall der Gegenwart und fragen, wie sich der Zeitgeschichte das alte Problem unter den veränderten Dimensionen der modernen Massen- und Globalzivilisation im neuen Licht darstellt.

## 3

Historisch-politische Begriffe entziehen sich jeder einfachen Definition. Sie bedürfen immer von neuem der differenzierenden, vergleichenden Analyse und Interpretation, durch die sie erst verifizierbar, überprüfbar werden. Und sie stehen in einem Zusammenhang mit bestimmten leitenden Denkmustern und Problemstellungen der politischen Ideengeschichte, die ihrer Rolle und Wirkung zugrunde liegen. Ein knapper systematischer Überblick mag zunächst dem Verständnis dieses elementaren Zusammenhangs von Ideen und Begriffen dienen.

Zu den grundlegenden Denkmustern gehören vor allem: politische Naturrechtstheorien; die Idee des Consensus; Vertragstheorien; die Idee der Souveränität und der Volkssouveränität; die Vorstellung der gemischten Verfassung und der Gewaltenteilung; die Idee des Gleichgewichts. In der naturrechtlichen Vorstellung von den vorstaatlichen und überstaatlichen Rechten, die dem Menschen von Natur eigen oder von Gott gegeben sind, werden die Begriffe der Freiheit, der Gleichheit, der menschlichen Würde und des Lebensrechts verallgemeinert. Vor allem die Idee der *Menschenrechte*, zuerst in der Philosophie der Stoa entwickelt, im christlichen Gedanken von der Gleichheit vor Gott religiös sanktioniert und in der säkularisierten Form der Neuzeit zur revolutionären Forderung gegen den absolutistischen Staat gewendet, beruht auf jenem Begriff der »*natürlichen*«, auf göttliche Allmacht (Augustin) und rationale Entscheidungsfähigkeit (Thomas von Aquin) gegründeten *Vernunft* des Menschen. Natur, Vernunft, Menschenrechte sind Schlüsselwörter, auf denen nicht zuletzt der moderne Freiheits- und Gleichheitsbegriff beruht, sofern er über die einzelstaatliche Bedeutung hinausweist, konkrete Herrschaftsverhältnisse relativiert und transzendiert. Dabei hängt die historische Erscheinungsform des Naturrechtsgedankens freilich jeweils davon ab, welche anthropologischen Grundüberzeugungen vom Wesen des Menschen vorausgesetzt werden: ist er von Natur gut oder böse; ist er ein Zoon politikon oder muß er zur

Soziabilität gebracht werden; steht der Zweck der Gemeinschaft oder das Recht des Einzelnen im Mittelpunkt?

Die Idee des *Consensus* ist damit eng verbunden. Sie setzt auf die Soziabilität und Fähigkeit des Menschen, als politisches Wesen durch eigene Zustimmung zur Gemeinschaft des Zusammenlebens und des politischen Handelns zu gelangen. Die ideengeschichtliche Problematik besteht freilich nicht nur in den heterogenen Ausprägungen der *Consensus*-Idee, ihren philosophischen, theologischen und politischen Begründungszusammenhängen, sondern in einer tiefen Ambivalenz des Begriffes selbst. Sie macht ihn fast unbegrenzt verwendbar im Zeichen ganz unterschiedlicher Auffassungen von Gesellschaft und Staat: als Übereinstimmung der Bürger im idealen Staat, als Stimme der Natur und Einheit in der Vielheit, als Mittel im Streit um die Legitimität der Herrschaft, als normativer Wert oder Resultante individueller Interessen.

Aus den verschiedenartigen Bedeutungen ergeben sich im Lauf der Geschichte zwei große Varianten des *Consensus*. Auf der einen Seite die völlige Übereinstimmung, die alle Einzelwillen transzendiert, sie im Sinne einer allgemeinen Vernunft als Staatsräson für alle Bürger verbindlich macht: der »freiwillige Zwang« und die Idee des Totalitären. Auf der anderen Seite das Prinzip der Majorität, der empirisch zusammengesetzten und immer neu zu ermittelnden Übereinstimmung einer Mehrheit, die nicht die absolute Wahrheit, sondern die reale Willensäußerung der Bürger und Gruppen in einer politischen Gemeinschaft verkörpert: die freiwillige Zustimmung als liberales und demokratisches Prinzip. In der Wirklichkeit der Staaten treten beide Versionen zwar vielfach vermischt und verbunden auf, doch bleibt es nichtsdestoweniger wesentlich, die Grundtendenz jeweils zu erkennen, empirisches und totalitäres *Consensus*-Verständnis zu unterscheiden. Die gegenwärtige Verwirrung der Maßstäbe bei der Beurteilung politischer Systeme, die sich im 20. Jahrhundert durchweg auf die Zustimmung der Bürger berufen, rührt nicht zum wenigsten daher, daß der totale *Consensus*-Anspruch der Diktaturen nicht klar genug abgehoben wird vom demokratischen Mehrheits-*Consensus*, und daß der grundlegende Unterschied verwischt oder als »bloß formal« bagatellisiert wird, der zwischen der Wahl als Alternative oder als Akklamation besteht.

*Consensus*-Begriffe sind eng verknüpft nicht nur mit der Frage der Soziabilität und der Freiheitsfähigkeit des Menschen, sondern vor allem auch mit der Vorstellung vom Gesellschafts- und *Herrschaftsvertrag*. Die Anwendung des Vertragsbegriffs auf die Begründung und Legitimierung eines politischen Gemeinwesens stellt in der Tat eine gedankliche Konstruktion dar, die in der historischen Realität wenig faktische Entsprechung findet. Aber als Denkfigur hat sie in der politischen Ideengeschichte eine

unanschätzbare Wirkung entfaltet. Der Vertragsgedanke will die Verbindung, ja Versöhnung der individuellen Freiheitsidee mit der sozialen und politischen Gemeinschaftsforderung herstellen, die Antinomie zwischen Menschenrechten und staatlicher Herrschaft aufheben; er tritt an die Stelle der religiösen, transzendenten, überirdischen Legitimierungsformen, ist aber auch in der Vorstellung des »Covenant«, des Vertrags mit Gott enthalten, auf den sich noch in der Neuzeit zum Beispiel der kalvinistisch-puritanische Staatsgedanke stützt. Die Demokratie als Vertrag auf Zeit zwischen Regierten und Regierenden: das ist eine der Wurzeln des modernen Verfassungsstaats, die anderen liegen in der Entwicklung des Souveränitätsprinzips zur Idee der Volkssouveränität und im Gedanken einer Gewaltenteilung, die Einheitsprinzip und Kontrollprinzip verbindet. Dahinter steht die antike Idee einer »gemischten Verfassung« des Staates (Polybios) als Form des ausgewogenen Gleichgewichts und als Garant der Machtbeschränkung, die auch dem krisenhaften Kreislauf der Staatsformen entgegenzuwirken vermag.<sup>13a</sup>

Die grundlegenden *Problemstellungen* der politischen Ideen- und Begriffsgeschichte sind in solche Denkmuster eingebettet. Sie bezeichnen den Spannungsraum der großen politischen Ordnungsideen: das Verhältnis von Macht und Recht, von Freiheit und Gleichheit, von Identität und Repräsentation, von Einheit und Pluralität. Im Umkreis dieser Problemstellungen liegen die wichtigsten *Strukturbegriffe* politischer Gestaltung und Ordnung: direkte und indirekte Demokratie, Liberalismus und Sozialismus, ständisches und parlamentarisches Prinzip, Organismus- und Integrationsidee, absolutes und totalitäres Herrschaftsverständnis. Wie sie unter verschiedenen soziopolitischen Verhältnissen auftreten, benutzt und verschliffen werden, wie die geschichtliche Anwendung den Bedeutungsgehalt der Wörter variiert und verschiebt, ist ein wesentliches Kriterium unserer Betrachtung.

## 4

Wiederkehrende Denkfiguren sind in der Geschichte ebenso augenfällig wie umstritten: sie werden betont von denen, die Konstanten im menschlichen Verhalten registrieren und dies auch auf Gemeinwesen, Völker, Kulturen übertragen; sie werden in Zweifel gezogen von denen, die an solchen Denkfiguren die Besonderheit und Einzigartigkeit hervorheben oder aber auf der fortschreitenden Entwicklung bestehen, auf einer Zielgerichtetheit geschichtlicher Prozesse und ihrer Interpretation.<sup>13b</sup> Daher rührt auch die Tatsache, daß nach weitverbreiteter Auffassung in der Antike die Idee des

Kreislaufs, in der Neuzeit und zuvor auch schon in christlich inspirierten Geschichtstheologien und deren säkularisierten Versionen die Idee des Fortschritts vorherrscht. Man kann in der Frage nach *Kreislauf, Fortschritt und Verfall* eine Grundfigur politisch-historischen Denkens und Deutens erblicken, um die herum sich eine Reihe von Wörtern und Begriffen gleichsam konfiguratив ausbilden. Dann stellt sich sogleich die weitere Frage, ob zum Beispiel das Fehlen eines eindeutigen und konstitutiven Fortschrittsbegriffs in der Antike schon die Abwesenheit oder Negierung der Fortschrittsidee bedeutet. Denn gleichzeitig ist nicht zu verkennen, daß genauere Untersuchungen für Griechenland und für Rom durchaus Entsprechungen in der Sache nachweisen können – das Bewußtsein der Verbesserung (*auxesis*), des fortschreitenden Könnens, den Stolz auf zivilisatorische und technische, kulturelle und politische Leistungen von bisher nicht erreichtem Niveau –, ohne daß dafür ohne weiteres eindeutige Schlüsselwörter namhaft zu machen sind.<sup>14</sup> Ähnliches gilt auch für das Verfalls- und Dekadenzdenken, das freilich im Rahmen der antiken Leitidee vom *Goldenen Zeitalter*, aus dem die Gegenwart herabgesunken, stärker hervortritt: Zeitkritik und Geschichtspessimismus sind in der Antike auch terminologisch deutlicher ausgebildet, obgleich die Frage nach der Verwirklichung des guten Staates, nach der Ermöglichung des guten Lebens, nach der Sicherung eines endgültigen Weltfriedens (*pax Romana*) und schließlich nach der *regeneratio imperii* auch den Blick vorwärts, aufwärts richtet.

Wie aus sachbezogenen, einzelnen Fortschritten, Geschichten oder Freiheiten die »Kollektivsingulare«<sup>15</sup> des Fortschritts, der Geschichte, der Freiheit an sich werden, ist ein Vorgang der begrifflichen Abstraktion und zugleich der Ideologisierung: mit der Konsequenz von Leerformeln, die nach neuer Konkretisierung verlangen und Gegenbegriffe hervortreiben: die Ismen- und Anti-Ismen. Aber schon lange vor diesem neuzeitlichen Prozeß haben Philosophen und Dichter, Historiker und Propagandisten im Bemühen um *eine* leitende Idee und *einen* Herrschafts- oder Legitimationsbegriff Einzelwörter verabsolutiert: die Inskriptions- und Münzkunde des Römischen Reiches zeigt solche Formeln von hohem Abstraktionsgrad und großer Kommunikationsgeltung, parallel zur Verabsolutierung und Erstarrung der Rom-Idee (*providentia, pax orbis, Roma aeterna*).<sup>16</sup>

Ein weiteres Problem kommt noch hinzu: die retrospektive Begriffsbildung. Oft entnimmt die spätere Betrachtung des Historikers tatsächlich oder vorgeblich der Geschichte bestimmte Wörter, isoliert und akzentuiert sie, um nicht nur die betreffende Epoche zu kennzeichnen, sondern um die eigene Zeit und ihre geschichtliche Bedeutung auszuleuchten oder zu beeinflussen. Es zeigt sich hier jene Ambivalenz in der Beziehung von Wörtern und Geschichte wie in der von Geschichte und Geschichtsdeutung, von Zeitge-

fühl und Zeitdeutung, von historischer Realität und politischer Propaganda – jene Spannung von Geschichte und Ideologie, deren Aufhebung alle großen Bewegungen und Weltanschauungen versprochen, für sich in Anspruch genommen haben: von der antiken Kultur- und Reichsidee über die christliche Heilsgeschichte im Mittelalter zur puritanisch-providentiellen, dann liberal säkularisierten Sendungsidee von der »neuen Welt« Amerikas,<sup>17</sup> der *providentia Americana* und der vorrückenden Grenze der Demokratie (*frontier*), aber auch von der Befreiungsideologie der Französischen Revolution hin zur marxistischen Revolutionstheologie, die wiederum eine heillose Sprach- und Denkverwirrung um den Revolutionsbegriff, das umstrittenste Zauberwort unserer Zeit, zur Folge hat.<sup>18</sup>

Fortschritt und Verfall als historisch-politische Leitideen unterliegen dabei ähnlich anderen grundlegenden Kontrastkonzepten – wie Macht und Recht – der ambivalenten Beziehungsstruktur von Wörtern und Geschichte; einer Geschichte des Fortschritts- und Verfallsdenkens ist eine Reihe von Zeitbegriffen und Epochenbezeichnungen zuzuordnen, die ihrerseits prägenden Einfluß auf das Verhalten und Handeln, auf Selbstbewußtsein und Krisengefühl ausüben. Dazu gehört auch die Bedeutung, die wiederkehrende, aber erst nachträglich in die zitierte Geschichte hineingelegte Begriffe wie *Cäsarismus* oder *Imperialismus* oder Kunstwörter wie *Hellenismus* oder *Gotik* erlangt haben. Man denke ferner an die prägende Vorstellung von der vorrückenden Grenze (*frontier*), als postum geprägtes Schlüsselwort (Frederick Jackson Turner) Inbegriff amerikanischer Demokratiegeschichte, oder an den ambivalenten Gehalt des Begriffs der *Staatsräson*, der Allgemeingültigkeit anstrebt, doch dem geschichtlichen Zusammenhang der Entstehung des modernen Staatsbegriffs angehört; schließlich der Begriff des *Staates* selbst, erst neuzeitlich geprägt und doch aus der allgemeineren Auffassung des politischen Gemeinwesens nicht mehr zu verbannen: Staat des Mittelalters, der Griechen, römischer Staat.<sup>19</sup>

Man denke aber vor allem an den Anspruch in jenen Epochenwörtern, die zugleich programmatisches Geschichtsbewußtsein und Geschichtsdeutung mitteilen: *Renovatio* oder Erneuerung, *Renaissance* und *Reformation*, *Aufklärung* und *Revolution*, *Restauration* und *Reaktion*. Ihr Gebrauch und ihre Bewertung schwankt seit eh und je; oft sagt dies mehr über die Tendenzen der jeweiligen Zeit als über Inhalt und Sinn der bezeichneten Vorgänge aus. Wir sehen es heute an einem vorwiegend negativ besetzten, doch vielgebrauchten Wort wie *Restauration*, das doch als Epochenbegriff in der nachnapoleonischen Zeit eine durchaus konstruktiv weltpolitische (von Kissinger wieder erinnerte) friedensgarantierende Bedeutung besaß, ähnlich der *pax Romana* als weltfriedensschützender Idee oder auch der Reichsidee, deren Wiederaufnahme im »Tausendjährigen Reich« von 1933

ja zugleich mittelalterliche Sehnsüchte mobilisieren sollte. Da freilich jene Restauration anderen Kräften der Epoche – den nationalstaatlichen und reform-liberalen des 19. Jahrhunderts – nicht gerecht zu werden vermochte, wie einst die erstarrte Rom-Idee den Veränderungen der spätantiken Völkerwanderungszeit, bevor sie mit neuem, christlichem Bezug ins Mittelalter hinein wirkte, geriet Restauration ganz in die Rolle eines Negativwortes: wie der Restaurationsbegriff selbst bei Konservativen, die im 20. Jahrhundert lieber von Erneuerung, ja zuweilen gar ausdrücklich von »konservativer Revolution« sprechen und ihrerseits ein reichhaltiges Anti-Restaurations-Vokabular verwenden.<sup>20</sup> Und in einer Zeit, in der das Ziel und die Leistung des »Wiederaufbaus« nach der Zerstörung des Krieges eine so zentrale Wertstellung erlangte, wird erneut Restauration zum Schimpfwort, zum Hauptargument einer Globalkritik an der Politik und dem Denken eben jenes Wiederaufbaus von 1945, und auch Konservative bemühen sich um den Nachweis, das sei nicht restaurativ gewesen.

Dabei ist in all diesen Vorgängen und Zusammenhängen, die nachträglich leicht als logisch und konsequent oder gar – *horribile ductu* – geschichtsnotwendig oder gesellschaftsbedingt ausgegeben werden, das Spielen mit Wörtern auffindbar, das Moment des Zufalls,<sup>21</sup> das der heute beliebten Anwendung linguistischer oder soziologischer Strukturgesetze auf Wort- und Ideengeschichte Grenzen setzt. Auch wenn man nicht dem Geniekult der Neuzeit folgt, so kann doch die bestimmende Rolle einer begrenzten Zahl von Autoren der politischen Ideen- und Wortgeschichte kaum überschätzt werden. Es bleibt der alte Streit, ob Huhn oder Ei zuerst gewesen, ob also diese Autoren bescheiden oder auch stolz Sprachrohr ihrer Epoche und Umstände sind, wie es Fustel de Coulanges vor einem Jahrhundert (1862) formuliert hat: »Nicht ich bin es, der spricht, sondern die Geschichte spricht durch mich.«<sup>22</sup> Oder ob sie ihr vorausdenken und so das Bewußtsein der Epoche wesentlich erst prägen: ob sie als Abschreiber und Multiplikatoren oder als große Einzelne, Schriftsteller in eigenem Recht ihre Wirkung entfalten und erst nachträglich in das Prokrustesbett einer geistesgeschichtlichen Ideen- und Begriffsgeschichte oder eines materialistischen Gesellschaftsdeterminismus eingeordnet werden. Damit wird nicht verkannt, welche Bedeutung wortgeschichtlichen Untersuchungen der Einflüsse zukommt, die zumal in Zeiten des Umbruchs und der Krise gerade auch von einer Publizistik minderer Qualität auf die Formung der Zeitgefühle, den Resonanzboden, die Anknüpfungspunkte und Wirkungsfelder ausgeübt werden.

Gleichwohl bleiben Wörter und Formeln damals wie heute, selbst im Zeitalter der Masseninformation und -kommunikation, auf bestimmte Festpunkte des Denkens bezogen. Auch das Entdecken von Abhängigkeiten

oder von bislang unterschätzten oder falsch eingeschätzten Autoren ändert daran wenig, so bedeutsam berühmte Fälle wie das Auffinden einer verlorenen Schrift (wie Ciceros *de re publica*) oder das Aufdecken einer historischen Fälschung (wie der konstantinischen Schenkung) erscheinen mögen. Dem Bedürfnis nach Ausfüllung von Lücken oder nach Entlarvung von Legenden wird dies gerecht, aber für die Geschichte der Denkformen und der Wortmagie bedeutet der Nachweis, daß Zentralwörter wie *Proletariat* oder *Entfremdung* nicht von Karl Marx stammen, vom Marxismus erst okkupiert und monopolisiert werden,<sup>23</sup> keine entscheidende Änderung der Rolle und Wirkung, die sie durch ihn und seine Lehre erfahren haben.

## 5

An einigen weiteren Beispielen mag zunächst dieser Zusammenhang von historischen Denkfiguren, zeitgeschichtlichen Schlüsselbegriffen und Problemstellungen einer Epoche noch erläutert werden. Eine zentrale Vorstellung kreist um die Spannung zwischen Einheit und Vielheit, zwischen Individuum und Gemeinschaft. Sie wird schon bei Aristoteles in der Zuordnung des Einheitsprinzips zur Familie, des Vielheitsprinzips dagegen zum Staat formuliert und durchzieht die abendländische Geistesgeschichte bis zu der aktuellen Problematisierung, die dem Werk Karl Poppers<sup>24</sup> zugrunde liegt: nämlich die Konfrontation einer offenen und einer geschlossenen Gesellschaftskonzeption, die vor allem der platonischen, hegelianischen und marxistischen Tradition zugerechnet wird, mit der Konsequenz von offenen oder geschlossenen Politikbegriffen. Diese Unterscheidung eröffnet einen Blick auf den Kern, ein Grundkonzept aller Staats- und Gesellschaftsvorstellungen. Ihre Entsprechung findet sie in der Gegenüberstellung von idealem Staat und empirischem Gemeinwesen.

In der Tat ist es ebenso bemerkenswert wie charakteristisch, daß in der Geschichte der politischen Ideen, ja im Theorie-Verständnis der meisten Staatsphilosophen von Platon bis zur Gegenwart die *geschlossen-perfektionistische* und *totalistische* Auffassung vorherrscht;<sup>25</sup> sie hat entgegen dem aristotelischen Ansatz die Ausbildung einer empirischen pluralistischen Staats- und Gesellschaftstheorie seit je behindert, ja diskreditiert. Das hat seinen Grund darin, daß die Vielfältigkeit menschlicher Existenzweisen und Vorstellungen von Gemeinschaftsbildung, soll sie in adäquater, humaner Form Berücksichtigung finden, eine sehr viel anspruchsvollere und komplexere, in Wahrheit realistischere Theorie erfordert. Seit Platons »*politeia*« über die Utopien zu den modernen Versionen einer Totaldemokratie beziehungsweise einer rassistischen oder kommunistischen Gesamtlösung be-

sitzt jedoch die Vorstellung von der nach einem absolut gesetzten, einheitlichen Prinzip gestalteten Ordnung eine suggestive Verführungskraft gegenüber allen zusammengesetzten pluralen Mischformen gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung: es ist die »Reduktion der Vielfalt zur Einfalt«, wie Fritz Stern drastisch bemerkt hat.<sup>26</sup>

Die politische Terminologie entspricht und folgt diesem Bedürfnis weitgehend. Es ist die Suche und Forderung nach der Herstellung des Consensus omnium, nach der *volonté générale*, einem vorgegebenen Gemeinwillen und Gemeinwohl, schließlich nach dem Volkswillen und der Volkssouveränität, woraus die Schlüsselwörter der meisten Staatsideologien und politischen Bewegungen hervorgehen. Nun ist politische Gemeinschaftsbildung gewiß ohne den Consensus-Begriff undenkbar (s. S. 289 f.). Aber die entscheidende Frage liegt darin, welche Formen der Gesellung und Ordnung darunter verstanden werden: Consensus als Minimalkonsens (nach der englischen Freiheitsformel »agree to disagree«), Consensus umfassender als nationalstaatlicher oder als politisch-systematischer Ordnungsbegriff, als kulturell-sprachliche oder supranationale Zugehörigkeitsformel, als voluntaristische Plebiszitärformel (Ernest Renan) oder als Inbegriff sozial-klassenpolitischer Gebundenheit: mithin Consensus als Gemeinschaftszwang oder aber als freie Zustimmung.

Von diesem unterschiedlichen Ordnungsverständnis, das nicht nur das Ziel der Einheit, sondern die Art und Weise ihrer Herstellung meint, wird auch das Denken über Methoden und Prozesse der Politik, ja über das Wesen des Politischen entscheidend beeinflusst. Daß der Zweck die Mittel heilige, gilt nicht erst seit der Vergrößerung Machiavellis zum Machiavellismus als die geheime Grund-Devise der Politik, während die Gegenfrage, ob nicht die Mittel den Zweck entheiligen könnten, wohl in der Antimachiavelli-Literatur artikuliert, doch selten ernstgenommen wird. Diese Unterschätzung der politischen Praxeologie, ihre abschätzigste Bewertung als eine bloße Funktionslehre, die nichts Entscheidendes über den Gehalt der Politik selbst besage, tritt auch heute wieder mächtig hervor. So wird zum Beispiel in der Kritik am Totalitarismus-Begriff die Frage nach der Herrschaftstechnik in modernen Diktaturen und nach ihren unmittelbaren Folgen für die betroffenen Menschen verdrängt und geradezu mit einem Argumentationsverbot belegt. Der ideologisch-theoretische Stellenwert des Regimes und seine erklärten Zielsetzungen werden zum alles rechtfertigenden Maßstab erklärt, totalitäre Methoden dagegen heruntergespielt und Vergleiche zwischen kommunistischen und faschistischen, zwischen Links- und Rechtsdiktaturen für unmöglich erklärt, quasi moralisch tabuisiert. Es ist die Berufung auf eine totaldemokratische, nationale oder sozialistische Zukunft als höhere Legitimität, vor der jede auf die tatsächliche Praxiszielende

Kritik und Opposition zum Schweigen gebracht wird.

Dem ist nun jene Erfahrung entgegenzuhalten, die von Theoretikern oft vernachlässigt, bagatellisiert oder gar denunziert wird, wenn es um die realen Wirklichkeitsformen des Politischen geht: es ist die Frage nach den *Mitteln und Wegen* zur jeweiligen Herrschaftsordnung, die ein zentrales Thema des Ringens um die rechte politische Ordnung überhaupt bildet und an der mithin auch der Wert der sprachlich ideellen Begründungen von Politik zu messen ist. Diese historisch-politische Erfahrung hat auch den heute so verbreiteten wie aufgebauchten Vorwurf nicht zu scheuen, damit würde eine vorwiegend institutionalistische und legalistische Betrachtungsweise die wesentlichen Sinn- und Zielfragen verdrängen.<sup>27</sup> Die beliebte Unterscheidung zwischen einer angeblich »bloß formalen« und einer »inhaltlichen« Bestimmung, eine der trügerischen Schlüsselformeln in der gegenwärtigen Demokratie-Diskussion, verkennt jenen unlöslichen Zusammenhang von politischer Form und politischer Substanz, politischer Prozedur und politischem Wert.

Eine Loslösung der Sinn- und Zielfrage von den institutions- und machtpolitischen Methodenfragen verfehlt gerade die Wertproblematik, auf die sich die Theoretiker zu allen Zeiten so emphatisch berufen. Bezeichnend ist die geringe Beachtung oder überhebliche Nichtachtung, die der Art und Weise einer nachlässig sogenannten *Durchführung* der idealen Ordnung zuteil wird, indem jenes an das »Wörterbuch des Unmenschen« erinnernde Wort (Durchführung) einem quasitechnischen Vorgang zugewiesen, als bloßes Akzidens ohne substantielle Bedeutung für das Wesen der Sache gehandhabt wird; bezeichnend ist auch die souveräne Verachtung für die gravierenden Ziel-Mittel-Konflikte in der praktischen Bewältigung jener Macht- und Herrschaftsproblematik, die jedem Gemeinwesen aufgegeben ist, die Vernachlässigung der Frage also nach der Veränderung der Zielwerte durch die zu ihrer Erreichung benutzten Mittel; bezeichnend ist schließlich das abschätzig übergehen und Ignorieren der vom Zielmodell abweichenden Details, ist die Verwendung von paradoxen, doch suggestiven Formeln, welche die Spannung definitiv aufzuheben behaupten. Man denke an Formeln wie *legale Revolution*, das heißt Diktatur im scheinrechtlichen Gewande des plebiszitären Maßnahmenstaats (im Nationalsozialismus),<sup>27a</sup> oder *Diktatur des Proletariats*, das heißt angeblich höhere Demokratie durch Diktatur (im Kommunismus) – von der neuen Sowjetverfassung verallgemeinert zum »Staat des ganzen Volkes«. <sup>27b</sup> Durch solche Formeln wird die grundlegende Diskrepanz zwischen Idee und Wirklichkeit demokratischer Verheißung und diktatorischer Praxis ein für allemal überspielt, zugedeckt oder zugunsten »höherer Zwecke« gerechtfertigt. Es ist ein Vorgang der bewußten Zerstörung grundlegender Kriterien politischer

Ordnung durch Okkupierung und Pervertierung gerade auch der gegenläufigen Begriffe, der sich vor unser aller Augen überall dort abspielt, wo Diktaturen nicht zuletzt durch semantische Täuschung gerechtfertigt werden. Man könnte zu dem skeptischen Schluß kommen: Nicht nur machen Wörter Geschichte, Wörter lassen auch Geschichte geschehen, lassen Wirklichkeit verdrehen.

## 6

Blickt man nun auf jene alternativen Wörter und Formeln, welche der totalistischen Setzung und Fiktion eines einheitlichen Staats- und Gesellschaftswillens, einer monolithischen Form von Geschichte und Politik gegenüberstehen und sie relativieren, indem sie auf die menschlichen Maßstäbe und die vielfältigen Bedingungen jeder Politik hinweisen, so trifft man besonders auf die Denkfiguren und Theorien des *Gesellschaftsvertrags* (neuerdings wieder aufgegriffen im »Social Contract« der englischen Gewerkschaften oder im »Generationenvertrag« der Sozialpolitik), der politischen *Repräsentation*, der *gemischten Verfassung*, des *Gleichgewichts* und der *Gewaltenteilung*, schließlich der *Opposition*. Sie alle beruhen auf der Einsicht in die plurale Struktur des politischen Geschehens, die nur gewalt- und auf Kosten der Wahrheit und Gerechtigkeit aufgehoben werden kann. Doch verläuft die Gegenüberstellung nicht einfach und eindeutig im Sinne einer großen Polarisierung, in deren Verlauf etwa die Traditionslinie Plato–Rousseau–Marxismus–Totalitarismus die Fronten bestimmte. Die Problematik einer umfassenden, doch präzisen Diktaturkritik liegt gerade darin, daß man es nicht mit einer durchgängigen, klar abgegrenzten Dauerkonfrontation, gleichsam mit einer grandiosen Zweiweltenlehre der Geschichte und Geschichtsdeutung zu tun hat: am ehesten – mit den neuen Schlüsselwörtern gesagt – ist das noch der Fall in Zeiten der Krise, eines »Kalten Krieges«, während in Perioden der »Détente« oder »Konvergenz« die Tendenz zur Verwischung und Verwirrung der Begriffe gefördert wird. Aber diese neuen Schlüsselwörter – Kalter Krieg, Détente, Konvergenz – haben sich bezeichnenderweise auch besonders rasch zu polemischen Allerweltsworten ausgedehnt.

Charakteristisch ist aber vor allem, daß monolithische Staats- und Gesellschaftstheorien in ihrer Terminologie auf die Verwendung und Ausplünderung gerade auch der ihnen entgegengesetzten Begriffe und Werte nicht verzichten, sie im eigenen Sinne emporstilisieren, auf den Kopf stellen, einbauen oder auch einmauern. Im Vokabular der Diktaturen spielt seit je die Betonung der höheren Legalität und der besseren Verfassung, der

wahren Freiheit und vollkommenen Gerechtigkeit ebenso eine Rolle wie die Berufung auf Volkswillen und Herrschaftsvertrag, auf Repräsentation und Parlamente, schließlich auch auf so ursprünglich pluralistische Phänomene wie Parteien und Gewerkschaften.

Die Idee der *Balance*, des *Gleichgewichts*, ist als Denkfigur (bei aller zeitgeschichtlichen Nähe zu naturwissenschaftlich-mechanistischen Erkenntnissen) von so allgemeiner logischer Bedeutung, daß sie ständig als politische Alternative zu dem Auf und Ab einseitiger Konfliktlösungen in der Geschichte auftritt: als Inbegriff des ausbalancierten Machtpluralismus sowohl innerhalb des Staates und der Gesellschaft, zumal in der Demokratie, wie als realistisches Ordnungsprinzip in den Machtbeziehungen der internationalen Politik.<sup>28</sup> Jede Sache hat ihre zwei Seiten, so lautet die zugrundeliegende Einsicht, die das Gleichgewichtsprinzip zu einer Schlüsselformel politischer Ordnung erhebt. Als regulatives Prinzip steht es hinter all jenen Begriffen, die dem empirischen, offenen Politikverständnis entsprechen, es tragen: Kompromiß als Gleichgewicht der Argumente und Gründe, Pluralismus als Gleichgewicht der Kräfte, Demokratie als Gleichgewicht der Gruppen und Willen, Frieden als Gleichgewicht der Macht. Die Bedeutung des Begriffs für eine ordnungspolitische Theorie der Freiheit ist so offenkundig wie die politische Problematik des Gleichgewichtspostulats, die immer dann in Erscheinung tritt, wenn es um Veränderung, Entscheidung geht: die (zeitweilige) Suspendierung der Balance.

Aber einzig das Prinzip der *Gewaltenteilung* erscheint unvereinbar mit dem Einheitsanspruch und der Führungsstruktur alter und neuer Diktaturen, mit Autokratie und Totalitarismus. Freilich ist gerade dieses Prinzip auch in den parlamentarischen Demokratien geschwächt und angefochten: man verweist auf die Tendenz zur Stärkung der Regierung und zur Verwischung der Grenzen von Exekutive und Legislative im modernen Verwaltungsstaat, aber auch auf die enge Verflechtung der Regierung mit dem Parlament, aus dem sie stammt und auf das sie sich stützt. Nur das amerikanische Regierungssystem scheint dem Gedanken Montesquieus wirklich zu entsprechen.

Doch den unverwischbaren Unterschied, der hier zutage tritt, zeigt die entschiedene Absage an die Gewaltenteilung schon im Marxismus und vollends im kommunistischen Verfassungsverständnis.<sup>29</sup> Auch in der neuesten Sowjetverfassung (von 1977), wie viele rechtliche und demokratische Formeln sie enthalten mag, stehen diese unter dem Vorbehalt der Parteiherrschaft und der »Macht und Autorität des Sowjetstaates« (Art. 62). Und in der Praxis jeder Diktatur ist die extreme, unkontrollierbare Gewaltenkonzentration stets der erste und wichtigste Schritt. Das tritt schon in der rätestaatlichen Organisation hervor,<sup>30</sup> vollends aber in der Gleichschaltung

des Parlaments durch Ermächtigungsgesetze und in der unbedingt führenden Rolle, die *einer* Partei und ihrer Führung zuerkannt wird, ob dies nun im Namen der Volksgemeinschaft oder des Proletariats geschieht, wobei den gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen die von oben gesteuerte Rolle der Erfassung, Erziehung und Verwaltung zugewiesen wird.<sup>31</sup> An der Teilung und Kontrolle der Macht entscheidet sich der so vielfach verschleierte Charakter des Systems. Die Verwendung jener Termini durch Monokratien besagt wenig, führt oft eher in die Irre – es sei denn, veränderte Umstände, innere Krisen, äußerer Druck ermöglichten es einer Opposition, ihren Gehalt und ihre Bestimmung wirklich in Anspruch zu nehmen.

Einen besonderen Rang unter den Alternativ- und Gegenbegriffen gewinnt hier mithin der klassische Gedanke des *Widerstandes*: in der politischen Tradition als Gegenrecht gegen willkürliche Herrschaft umstritten und doch beharrlich behauptet, im Verfassungsstaat der Neuzeit aber eigens legalisiert und als *Opposition* schließlich Teil des Regierungssystems selbst.<sup>32</sup> Wenn jede Opposition als überflüssig erklärt und unter Strafe gestellt wird, dann wird die Grenzlinie deutlich, die inmitten der terminologisch verwirrten oder bewußt verwischten Szenerie verläuft; der Streit um Wörter und ihnen zugeordnete Werte findet in der Oppositionsfrage eine klarere, konkreter bestimmbare Orientierung auf das Wesentliche als in Auseinandersetzungen um die »wahre Verfassung«, »wirkliche« Repräsentation oder »echte« *Parteien*; denn selbst die Frage nach dem Ein- oder Mehrparteiensystem ist erst dann aufschlußreich, wenn das angebliche Mehrparteien-Blocksystem in den »Volksdemokratien« an der tatsächlichen Oppositionsrolle unabhängiger Parteien gemessen wird (Partei also als *pars* und nicht als *pars pro toto* verstanden). Parteibegriff und Oppositionsbegriff sind nicht nur historisch-genetisch, sondern auch logisch-politisch aufs engste miteinander verknüpft, und nichts zeigt deutlicher als die Verkehrung des Parteibegriffs zum Vehikel einer tatsächlichen Einparteien-Monopolherrschaft, ja zum Zentralbegriff der modernen totalitären Diktatur, welche Möglichkeiten zur Pervertierung die politische Terminologie enthält – und das wenige Jahrzehnte nach der Entstehung des modernen Parteibegriffs. Der Geschichte der Verfemung der Parteien folgt die Umfunktionierung des Parteibegriffs.<sup>33</sup>

## 7

Wir sind damit schließlich bei der Frage angelangt, mit welcher Wirkung die in einem spezifischen Zusammenhang entstandenen Begriffe verallgemeinert werden und welche Bedeutung dies alte Problem unter den veränderten

Dimensionen der Neuzeit, zumal der Massenkommunikation und Weltzivilisation, gewinnt. Sind historische Wörter, die sich in demselben Maße von ihrem ursprünglichen Kontext entfernen, in dem sie als Kampfbegriffe manipulierbar werden und in der gegenwärtigen Flut neuer Schlagwörter untertauchen,<sup>34</sup> überhaupt noch als aussagekräftig ernst zu nehmen, können sie noch etwas zum Verständnis der Geschichte leisten, oder fällt ihr Gebrauch letztendlich unter das Verdikt einer Sprachkritik, die auf Enthistorisierung hinausliefere? Mit dem niederländischen Historiker Johan Huizinga (1934) gesagt: »Ein historischer Terminus behält seinen Wert nur so lange, als er nach einer sehr bestimmten historischen Vergangenheit schmeckt, die man in greifbarer Gestalt heraufbeschwören kann.«<sup>35</sup>

Neben den großen Denkfiguren sind es historische Einzelbegriffe, deren Entwicklung und Verwandlung zu Allerweltsbegriffen unser heutiges politisches Vokabular geprägt haben. Die Bezeichnungen der großen ideologischen Bewegungen stammen aus solchen Zusammenhängen, wobei zu beachten ist, daß dabei Selbstbezeichnung und gegnerische Markierung, Kampfbegriff und Kampf um den Begriff schwer entwirrbar ineinanderfließen. Auch an der Inanspruchnahme des Renaissance-Wortes *Humanismus* für eine kollektivistische Kampf- und Systemideologie wie die des Marxismus-Leninismus erleben wir, wie der Sinn- und Geltungsbereich eines geschichtlichen Begriffs gesprengt wird. Besonders eklatant ist jedoch die Ausdehnung des *Sozialismus*-Begriffs, der zwar allen Vorläufern zum Trotz erst seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts Verbreitung findet, aber schon bald die kaum umgrenzte Reichweite vom linken bis zum rechten Flügel des Parteienspektrums gewinnt; er sprengt die ursprünglichen Grenzen sowohl zum liberalen Gegenbegriff wie zu den nationalen und konservativen, ja auch zu prä-faschistischen und pränationalsozialistischen Positionen, wird zu einem Versatzstück fast aller Bindestrich-Ideologien (christlicher, nationaler Sozialismus) und erleidet als Schlüsselwort das Schicksal, jeweils als wahrer, echter, wirklicher Sozialismus abgehoben und verbraucht zu werden.

Eher erstaunlich mutet daher die Wiederbelebung der älteren Abgrenzung an, die heute in Schlagworten wie *Freiheit oder/statt Sozialismus* auftaucht. Als schlagworthafte Alternativformel dient sie doch der demokratischen Auseinandersetzung im legitimen Streit um Wähler und Regierungswechsel. Aber sie verdeutlicht zugleich, in der Konfrontation der Freiheitsfrage mit der Sozialismusfrage, die polemische Pro- und Contrafunktion des Allerweltsbegriffs Sozialismus, der in der Beziehung auf konkrete Systeme eine nichtindividualistische Ordnung signalisiert, aber als Menschenrechts- und Emanzipationswort zugleich das Freiheitspathos des liberalen und nationalen Selbstbestimmungsgedankens in Anspruch

nimmt. Neben der sozialdemokratischen Version des »freiheitlichen Sozialismus« zeigen sich selbst im erklärt kollektivistischen Kommunismus trotz aller Repression solche Implikationen des Sozialismusbegriffs, und vollends fällt in den Definitionen, die auf das neu belebte Schlüsselwort *Solidarität* abheben, die strikte Abgrenzung von Individualismus und Kollektivismus dahin – und dies in den beiden großen deutschen Parteien. So sind auch die immer neuen Versuche zu verstehen, durch die Unterscheidung von sozial und sozialistisch Remedur zu schaffen: mit dem Ergebnis, daß alle Seiten sich eher des Wortes *sozial* bedienen, was wiederum zu den bekannten Schwierigkeiten der SPD im Verkehr mit ihren Linksflügeln, teilweise auch mit den Bruderparteien der »Sozialistischen« Internationale führt, aber die Abgrenzung zu erklärt sozialistischen Staaten kommunistischer Prägung markiert.

Eine Lösung des Sozialismus-Problems zeichnet sich auch hier nicht ab, und die Brauchbarkeit der Begriffe bleibt selbst dann umstritten, wenn die einst so klare Gegenposition zum *Kapitalismus* in Anspruch genommen wird. Denn auf der Tagesordnung bleiben auch nach der Katastrophe des Hitlerregimes die Zwischenformen eines »nationalen Sozialismus«, der mit dem Anspruch eines »dritten Weges« zwischen Kapitalismus und Sowjetkommunismus jetzt zumal in der Dritten Welt auftritt. Und zuletzt noch hat Ernst Nolte – am Ende seines Buches »Deutschland und der Kalte Krieg« – den »universalen Begriff des ›Sozialismus‹ als eine regulative Maxime« bezeichnet, »die weder verdinglicht noch aufgegeben werden darf«:<sup>36</sup> eine eher mystische Gegenformel zum sowjetkommunistischen Sozialismus, die aber den Begriff zum philosophischen Faszinosum ausdehnt und überhöht.

Die in unseren Tagen wieder als weltweite Alternative beschworene Konfrontation *Sozialismus–Kapitalismus*, die dem Sozialismus den Zukunftsbonus gegenüber einem quasi endzeitlich abgewerteten »Spätkapitalismus« zuspricht, gerinnt auch deshalb zum oberflächlichen Klischee, weil heute der Kapitalismusbegriff ähnlich dem Sozialismusbegriff erst durch Adjektivierung und Differenzierung realitätsgerecht wird, dies aber ebenfalls auf Misch- und Annäherungsformen zwischen privaten und öffentlichen Wirtschaftsfaktoren hinausläuft. Daher die doppelte Beobachtung: Tendenz zur Sozialisierung des Liberalismus, aber auch zur Liberalisierung des Sozialismus.

Im neueren Schlüsselwort von der *sozialen Marktwirtschaft* ist dieser Sachverhalt aufs wirkungsvollste zur Geltung gekommen. Die Neigung, »Kapitalismus« als polemisches Negativwort durch den konkreter sachlichen Begriff der »Marktwirtschaft« zu ersetzen, der nun freilich das alte Schema obsolet macht, wenn vom »marktwirtschaftlichen Sozialismus«<sup>37</sup> oder auch vom »sozialistischen Markt« gesprochen wird, hat daher nicht

nur taktische, sondern auch sachliche Gründe: es könnte ein Beispiel sein für die Ablösung historisch überholter, politisch verbrauchter Begriffe, die sich weit von den Ursprüngen im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, aber auch von der Marxschen Zeitanalyse und ihren dogmatischen Systematisierungen entfernt haben. Denn auch terminologische Hilfskonstruktionen wie »organisierter Kapitalismus« können nur Teilaspekte erfassen, und das Schlagwort vom »staatsmonopolistischen Kapitalismus« degradiert schließlich den Begriff zum lapidaren Schimpfwort oder zur total verzeichneten Simplifikation einer veränderten Wirklichkeit – jener effektiven Neugestaltung der politischen, sozialen und ökonomischen Beziehungen in einer freiheitlich-sozialen Demokratie, die sich dem alten Schema als überlegen erweist.

Weitere Formen der Entwicklung, Wandlung und ambivalenten, manipulativen Zerdehnung ursprünglich historischer Problemwörter könnten verdeutlicht werden an zahllosen heutigen Allerweltsbegriffen mit polemischem Potential wie an dem »magischen Freiheitsbegriff« der Emanzipation oder an aktuellen Kampfwörtern wie *antikapitalistisch* und *bürgerlich*, *Imperialismus* und *Kolonialismus*. Dabei ist wiederum bemerkenswert, welche Renaissance plötzlich der Bürgerbegriff in Neuwörtern wie Bürgerinitiative, Bürgerforum, Bürgeranwälte und so weiter von einer Seite erfährt, wo das Adjektiv »bürgerlich« doch weithin negativ besetzt bleibt.<sup>38a</sup> Man hat ferner darauf hingewiesen,<sup>39</sup> in welchem Maße sowohl Adenauer wie Brandt »Meister von Politik durch Wörter« sind, und wie der politische Wechsel von der Ära Adenauer zur Periode der sozialliberalen Regierung in der Bundesrepublik durch den Wechsel von Schlüsselwörtern signalisiert und legitimiert wird: von den Adenauerformeln Wiedervereinigung und Europäische Einigung zu den Brandtformeln Friedenspolitik und Reformpolitik.

Ein letzter Fall sei noch betrachtet, der unter deutschen Verhältnissen besondere Bedeutung besitzt: der des *Antisemitismus*. An ihm kommt ein Grundphänomen der Schlüsselwörter, nämlich die Kollision von historischer Erfahrung und politischer Intention, schließlich die Entkonkretisierung und Enthumanisierung im *Stereotyp*, auf besonders bestürzende Weise zum Ausdruck. Es kann hier nicht auf die grotesken Widersprüche im Begriff selbst, auf die Identifizierung der Juden mit Semiten, auf die pseudo-wissenschaftliche Attitüde der Propaganda gegen *den* Juden als solchen eingegangen werden. Entstehung, zeitgeschichtliche Anwendung und Gegenwartsbedeutung der antisemitischen Ideologie sind gekennzeichnet durch ein Maß an Verflechtung irrationaler und rationaler Faktoren, das wohl einzigartig genannt werden kann. Zu dem traditionellen religiös-kirchlichen und nationalen Grundbestand an Judenhaß kommt mit der

Säkularisierung der »Judenfrage« in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ganze Palette jener psychisch-sozialen und ökonomisch-politischen Spannungsmomente hinzu, die den Industrialisierungs-, Modernisierungs- und Nationalisierungsprozeß Europas kennzeichnen und besonders radikal in der forciert raschen Entwicklung des neuen Deutschland, zumal nach 1871, hervortreten. Ihr entstammt auch der Antisemitismusbegriff selbst (Wilhelm Marr 1879/80), der sich wie alle Antiwörter als Abwehrbegriff gegen eine allgemeine, alles überschattende Bedrohung versteht, auf die schlüsselhaft die Malaisen der Gegenwart zurückgeführt werden. An der großen Kontroverse der Historiker Treitschke–Mommsen (1879/80), aber mehr noch im Wirken des christlich-sozialen Hofpredigers Stoecker und in den völkisch-publizistischen Kämpfen der achtziger und neunziger Jahre treten die Ambivalenzen des modernen Antisemitismus beispielhaft hervor: seine Nähe zum Deutschtums-Nationalismus und zum sozialdarwinistischen Biologismus, aber auch zu einem jäh aufschießenden *Antikapitalismus*, der nicht einfach in das politische Schema rechts-links eingeordnet werden kann. Denn während Radikale von rechts im Judentum vor allem die sozialistische, emanzipatorische, modernisierend-revolutionäre und internationale Komponente bekämpften, bleibt auch ein linker Antisemitismus durchaus virulent, der sich sogar auf Marx berufen kann. Seine beiden Elemente: der Antikapitalismus und später der Antizionismus, haben nach der barbarischen Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus und der Gründung des Staates Israel neuen Auftrieb erhalten; sie werden Bestandteile der anti-kolonialistischen und anti-imperialistischen Slogans. Man kann geradezu feststellen, daß antisemitische Stimmungen im selben Maße zunehmen, in dem die Erwartungen an eine jüdische »Progressivität« (im linken Sinne) enttäuscht werden.

Gewiß bleiben wichtige Unterschiede zwischen dem rassistischen Stereotyp *des Juden* mit der letzten Konsequenz des Völkermords und dem sozial-antikapitalistischen Argument eines linken Antisemitismus, der das Wort vermeidet. Doch die Virulenz des Antikapitalismus spielt ja auch in der nationalsozialistischen Kultur- und Sozialideologie eine bestimmende Rolle, und eine antisemitische Latenz bleibt auch im sozialistischen Schrifttum unverkennbar,<sup>40</sup> so daß die Behauptung, ein linker Antisemitismus sei seiner Natur nach nicht möglich, ebenso dogmatisch erscheint wie die emphatische Behauptung unserer Tage, Terrorismus könne nie links sein, sei vielmehr – wozu hat man das Schlüsselwort – faschistisch. Leider zeigt die Erfahrung: Terrorismus kann beides sein: links *und* antidemokratisch, erklärt antifaschistisch *und* faktisch antisemitisch zugleich, antikapitalistisch und sowohl einer faschistischen wie einer sozialistischen Zukunftsvision dienlich.

Die jüngste Kontroverse über ein als linke Kapitalismuskritik angesetztes Stück (Faßbinders »Der Müll, die Stadt und der Tod«, 1976), in dem der ausbeuterische Jude, als Hauptfigur und Stereotyp ohne Name (!), die bösen Aspekte der kapitalistischen Stadt vertritt, zeigt die Aktualität jenes Problems auch in einer Nach-Auschwitz-Generation, die gerne aus der Geschichte ausstiege. Verbindet sich das mit dem linken Engagement für revolutionäre Palästinenser, so gewinnt die Antizionismusparole eine durchaus einschlägige, weil irrationale Intensität, erweist sich der antisemitische Komplex als weiterhin aktuell. Als Stereotyp wie als Minderheit bleibt der Jude im Negativ-Wortschatz all jener Veränderer, die westliche Demokratie als kapitalistisch und reaktionär verteufeln, auch nachdem nationalsozialistische Vernichtung und sowjet-sozialistische Diskriminierung die jüdischen Minderheiten in Europa so weitgehend beseitigt haben.

## 8

Der Kreis unserer Betrachtung schließt sich, wenn wir die Frage nach der Wirkung der Ideen und der ihnen zugeordneten Wörter noch einmal in dem Zusammenhang sehen, der für die Kultur- und Gesellschaftskritik seit je konstitutiv war: in der Polarisierung des Verfalls- und Fortschrittsdenkens. Die Neigung zur Dramatisierung und zur alternativen Zuspitzung hat auf der intellektuellen Bühne der zwanziger und dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts in Erwartungen oder Prophezeiungen der Katastrophe – als Untergang des Kapitalismus, der Demokratie, des Abendlandes – zu einem Krisenbegriff geführt, der alle praktischen Lösungen überlagerte – und das nicht nur im Deutschland Oswald Spenglers.<sup>41</sup> Ähnliches scheint sich heute zu wiederholen: negative Utopien von der »brave new world« Aldous Huxleys (1932) bis zum totalen Atomstaat Robert Jungks (1977) können Antisystem- und Gewaltdenken nähren, aus der radikalen Warnung wird die *self fulfilling prophecy*.

Vor der düsteren Folie der Dekadenz wird ein Krisenvokabular entfaltet und dagegen die Verkündung des einzig möglichen Fortschritts abgehoben, der weltweit zumeist im »Sozialismus« – damals wie heute – gesehen wird. Hier tritt jene ideologische Polarisierung als Schlüsselformel der Meinungs- und Begriffsbildung überhaupt hervor, vor der eine undramatische Bemühung um kompromißhafte Krisenbewältigung als intellektuell uninteressant verblaßt und geringschätzig als »bloße Praxis« abgetan wird.

Der ahistorische Progressivismus unserer Tage operiert vor allem auch mit dem Schlüsselwort einer *Demokratisierung*, die totalistisch weit über alle staatlich-institutionelle Bedeutung hinaus zur Aufhebung der traditio-

nellen, doch freiheitssichernden Spannung von Staat und Gesellschaft drängt. Demokratisierung steht zwar als Chiffre für die Werte und Prozesse einer Befreiung aus den historischen Zwängen, für eine »Modernisierung« gegen alte Abhängigkeiten. Aber sie kann neue Abhängigkeiten schaffen, getarnt oder verklärt durch pseudo-legale und pseudo-demokratische Begrifflichkeit und Begründung. In den totalitären Staaten wird der Pseudocharakter dieser Befreiung besonders wirksam. Statt Ständestruktur oder Leibeigenschaft nun die zwingende Sozialbindung oder gar die totalitäre Gefolgschaft; statt des Gottes-Gnaden-Autokraten der plebiszitär-charismatische Führer; statt der Herrschaftsgewalt von oben die durch Akklamation verschleierte Tyrannei der angeblichen Volksmehrheit; statt abgestufter Ungleichheit die subtilen Zwänge einer egalitären Massengesellschaft, in der, mit George Orwells Paradoxon zu sprechen, einige »gleicher« sind und die Minderheit einer »neuen Klasse« (Djilas) desto unumschränkter dominieren kann.

Überhaupt beruhte Orwells Schreckensvision von der Sprachentmündigung als Hauptinstrument totaler Gleichschaltung auf derselben Einsicht, die Untersuchungen der »Lingua Tertii Imperii« (Victor Klemperer) wie der Sowjet- und DDR-Sprache dartun (Hugo Moser): daß totalitäre Systeme eine neue Sprache der möglichst allgemeinen und ausschließlichen Klischees durchzusetzen suchen, die »antitotalitäre Gedanken im Wortsinn undenkbar macht«. <sup>42</sup> Herrschaft wird sprachlich zementiert. Wir kennen schließlich die extremen Beispiele einer Pervertierung der Worte als Pervertierung der Werte in totalitären Ideologien und Systemen, die immer bei der Umfunktionierung von Schlüsselwörtern ihren Ausgang nimmt. Das SS- und KZ-System legitimierte sich durch die in den geheimen Himmeler-Reden sanktionierte Verkehrung des äußersten Verbrechens in ein Heldentum neuer Moral; <sup>43</sup> die Euphemisierung von Wörtern wie Fanatismus und Endlösung, das Wörterbuch des Unmenschen, Goebbels' Verschmelzung von Propaganda und Wirklichkeit sind Beispiele dieser sprachlich-moralischen Pervertierung, die dem Volk den Zugang zur Wahrheit des Regimes verstellen sollten. Der Stalinismus hat eine ähnliche Technik der Sprachzerstörung unter scheinbar konträren ideologischen Prämissen geübt: der Einfluß der erstarrt formelhaften Sowjetsprache wirkt in den kommunistischen Parteien und Regimen bis heute nach, und die Frage an den sogenannten Reform- und Eurokommunismus ist nicht zuletzt eine Frage nach dem Wahrheitsgehalt seiner Sprache, nach dem Verzicht auf die totalitäre Lüge in der politischen Terminologie.

Auch im Wandel des *Friedensbegriffs* und in der neuen Friedensforschung, inzwischen ein beliebtes Feld der sich als progressiv verstehenden Gegenwartskritik und Zukunftsverheißung, wird dies beispielhaft sichtbar.

Friede als Thema und Ziel der Politik ist seit der Antike ein Leitwort, Friedenssicherung liegt den mittelalterlich-feudalen und christlichen Ordnungs- und Herrschaftsbegriffen zugrunde, in der Neuzeit wird weltweiter Friede durch ein neues Völkerrecht, durch allgemeine Aufklärung im Sinne Kants, durch Gleichgewicht in der internationalen Politik wie in der Innenpolitik erwartet. Immer ist der Friedensbegriff, bezogen auf einen Konfliktbegriff, in der Gefahr der ideologischen Manipulation. Auch die Hoffnung, diese in den Friedensreden der Diktatoren, der Eroberer und Unterdrücker zumal unseres Jahrhunderts bewiesene Manipulierbarkeit aufzuheben durch eine umfassende Friedenswissenschaft, muß zunächst Distanz gewinnen von einer einseitig-totalen Friedensideologie ohne Reziprozität und von ihrem Hilfswort totale Abrüstung, an dem schon der historische Pazifismus gescheitert ist: zum Frieden gehören beide Seiten. Ob sie nun von »Friedenspolitik« reden (wie Hitler), wengleich ihr ganzes Politikverständnis auf Kampf und Krieg aufbaut, ob sie den »Kampf für den Frieden« führen (wie der Kommunismus), wengleich die Zerschlagung des »Klassenfeindes« im Inneren und der totale Sieg des Sozialismus in der Welt das alles rechtfertigende Ziel ist: der totalitäre Friede ist nichts anderes als Instrument oder Sanktionierung einer Gleichschaltung und Herrschaft ohne Opposition. Erst die Reduzierung des Zauberworts auf die historische Erfahrung und den politischen Wirklichkeitsbezug kann den Ansatz freilegen, von dem aus dieser Zentralbegriff der Geschichte und Politik seinen Wert für unsere gefährdete Gegenwart gewinnen kann.

Von Schlüsselwörtern in der Geschichte ist also in zweifacher Hinsicht zu sprechen: 1. Sie sind Vehikel der notwendigen Begrifflichkeit und Verständigung; und 2. sind sie Träger von Interpretation und Wertung, Überzeugung und Gleichschaltung. Im ersten Fall geht es um den sachlichen Bezug, die Weite des Begriffs und seine Eignung für Vergleiche: für Historiker und Sozialwissenschaftler also um die Frage, wo besser engere Eigenbezeichnungen oder weitere Vergleichsbegriffe zu benutzen sind. Völlige Wertfreiheit in dem Sinne, wie es Max Weber fordert, ist freilich auch bei Bildung eigener Begriffe und Vermeidung schon gängiger Schlüsselwörter nicht zu erreichen. In jedem Wort- und Begriffsgebrauch steckt bereits eine Einordnung und Wertung. Aber bewußter, betonter geht es dann im zweiten Fall um geschichtsphilosophische, politische und allgemein menschliche Werte. Es kommt darauf an, ob beim Untergang des Römischen Reiches von Barbaren oder jungen Völkern, von Katastrophen- oder Kontinuitätstheorie, gar von einer »remarkable series of revolutions« gesprochen wird, oder ob auf die karolingische Kultur und andere Blütezeiten nachträglich das Wort von der Renaissance angewandt wird.<sup>44</sup> Für die zeitgeschichtliche Interpretation ist zum Beispiel bedeutsam, ob von »Auflösung« der Weimarer Republik, von

»nationalsozialistischer Revolution« oder von »faschistischer Gegenrevolution« die Rede ist; welcher Gebrauch überhaupt von Vokabeln wie reaktionär oder konservativ, Revolution oder Putsch und ähnlich deutenden Gegensatzpaaren gemacht wird; ob man nicht der begründeten Auffassung ist, daß ein Begriff wie Machtergreifung der vergleichenden Betrachtung moderner politischer Umwälzungen adäquater ist. Freilich werden die Liebhaber eines ideologischen, wertbesetzten Revolutionsbegriffs allgerne reagieren, wenn der Machtergreifungs- und Totalitarismusbegriff statt der Idee von der »guten Revolution« und des Mythos von der »progressiven Diktatur« verwendet und damit das Ähnliche, Vergleichbare, für die betroffenen Menschen Relevante – die politisch-staatliche Unterdrückung – anstelle ideologisch begründeter Unterschiede herausgestellt wird.<sup>45</sup>

Weitere Gegensatzpaare mit einem Ideologiegehalt, der aus den Zerklüftungen der neueren deutschen politischen Ideengeschichte stammt, treten zum Beispiel in Gegenüberstellungen wie Staat und Gesellschaft, Gesellschaft und Gemeinschaft, Kultur und Zivilisation, Geist und Intellekt hervor: ihr emotionales Gewicht übertrifft den tatsächlichen Gehalt. Dasselbe trifft auf die hochabstrakte Begriffsentwicklung in unserem Massenzeitalter zu; naturwissenschaftlich exakte und technische Begriffsanalogien drängen an die Stelle konkret-sinnlicher Bezeichnungen, auch in der gesellschaftlichen und politischen Welt. Aber zugleich meldet sich das Bedürfnis nach einer »Tendenzwende« zugunsten menschlich-unmittelbarer Werte; als Entpolitisierung kritisiert, ist sie doch wesentlich eine Wendung gegen abstrakte Begriffsinflation und Wortverführung durch Medien und ideologisch gestanztes Vokabular: spätes Zeichen der Rückbesinnung auf eine Sprache, die eigene Gedanken ermöglicht.

## 9

Die Bilanz erscheint düster, der Ertrag wort- und begriffsgeschichtlicher Fragestellungen für die Erschließung historischer Wirklichkeit und für das Fruchtbarmachen historischer Erfahrung eher verwirrend, wenn man's nicht zufrieden ist, mit simplen Überbau- oder Abhängigkeitstheorien die ebenso banale wie unergiebig Formel von der gesellschaftlichen Bedingtheit der Sprache (gerade auch der historischen) zu wiederholen. Wie vieles ist nicht gesellschaftlich bedingt! Aber freilich auch: von wie vielem ist diese vielgenannte *Gesellschaft* ihrerseits nicht bedingt! Das führt kaum weiter. Wenn der jüngste DDR-Band zum Thema »Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft«<sup>46</sup> im neuen Gewande die alte Kritik an »bürgerlicher Ideologie« verhafteten Sprachtheorien und die nicht minder alte These von

der gesellschaftlichen Determiniertheit bietet – Sprache in der DDR als »Ausdruck der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse« –, dann fehlt die Frage, wieviel davon gemacht, propagandistisch durchgesetzt, erzwungen wird. Gilt hier nicht ganz besonders: mit der Sprache scheint alles möglich!

Wird man am Ende doch, resignierend oder zynisch, mit Faustens Mephistopheles befinden (Studierzimmer, Zeilen 1988–2000):

»Im ganzen: haltet Euch an Worte!

Dann geht Ihr durch die sichere Pforte

Zum Tempel der Gewißheit ein . . .

Mit Worten läßt sich trefflich streiten,

Mit Worten ein System bereiten,

An Worte läßt sich trefflich glauben . . .«

Wird man also die vorwitzige Weisheit der Sophisten anerkennen oder gar die Rhetorik als höchste Instanz, die ihre Großmeister in Medien und auf Rhetoriklehrstühlen befähigt, über alles in Geschichte und Gegenwart, über Historiker und Politiker, Kunst und Wissenschaft das (verbale) Urteil zu fällen?

Ich meine: nein! Denn auch im Wort- und Begriffsrausch unserer Zeit wird zugleich doch etwas sichtbar von der Unüberholtheit klassischer Kategorien und Denkformen der naturrechtlich-humanistischen, rechtsstaatlichen und liberaldemokratischen Tradition, von Wörtern wie Meinungsfreiheit, Toleranz, Menschenrechte und Menschenwürde, wie Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, die als grundlegende Wert- und Zielbegriffe »anthropologisch nicht eliminierbar sind«. <sup>47</sup> Noch in der Verfremdung und in dem Mißtrauen, dem sie anheimfallen, beweisen sie ihre Unentbehrlichkeit und Denknötwendigkeit. Die Feinde des Verfassungs- und Rechtsstaats können ihr Werk der Zerstörung nur tun, indem sie gleichsam auch den *Marsch durch die Wörter* antreten. Es kommt einer Kalten Revolution oder einer schleichenden Machtergreifung gleich, wenn wir uns unter liberalem Vorzeichen eine suggestiv »kritische«, weitgehend marxistische Terminologie aufdrängen lassen, wenn wir ihr Bedeutungsdictat in puncto Bourgeoisie und bürgerlich, kapitalistisch und Klassengesellschaft hinnehmen, und wenn sich auch unsere Sozialgeschichte zuweilen spürbar dem Vokabular der DDR-Zeitschrift für Geschichtswissenschaft nähert; fast unmerklich greifen damit auch totalistische Perspektiven, Thesen, Fiktionen auf das Denken und Fürwahrhalten liberaler Sozialwissenschaft über.

Marsch durch die Wörter, wirkungsvoll wie der Marsch durch die Institutionen: das heißt jene grundlegenden Wertkategorien und Wertbegriffe so zu verbiegen trachten, daß ihre historische Substanz und ihre politische Wertstellung fast beliebig verwendbar erscheinen. Aber solange es den Manipulierern nicht gelingt, jene Worte selbst auszumerzen, sie unter

totalen Gemeinschaftszwang zu stellen, bleibt darin doch ein Ansatz erhalten, von dem aus Kritik und Opposition auch in diktatorischen Systemen stets aufs neue wirksam werden können, nimmt man diese nur »bei ihrem Wort«: die Menschenrechtsbewegung unserer Tage, die sich darauf berufen kann, bietet neue Beispiele dafür. Der Mißbrauch ehrwürdiger, historisch begründeter Wörter und Begriffe zeigt hier eine Kehrseite, die doch nicht zu unterschätzen ist. Es klingt die Erinnerung an geschichtliche Werte und Maßstäbe an, die im Rückbezug zugleich die Rückforderung von Rechten und damit Gegenwarts kritik enthalten: das sind Folgen, die auf die manipulierenden Sprachregler selbst zurückfallen können, die solche Wertbegriffe in Anspruch nehmen. Daher auch die überragende Bedeutung der Pressefreiheit und des fortdauernden *battle of books*.

Der Resignation vor der Rolle und dem Schicksal der Wörter steht also das gegenüber, was sprachliche Unterscheidung leisten kann: sie kann geschichtliche Erfahrung anführen und rüsten gegen Worttrunkenheit und Anfälligkeit für Wortmanipulation. Den großen Verführungsmechanismen der Massenkommunikation und der schleichenden Begriffsverwandlung entgegenzutreten, das verlangt gewiß mehr Geistesgegenwart und Widerstandskraft als manche lärmende Systemkritik. Eine wachsende Rückbesinnung auf Grundwerte und Grundworte gegenüber der modischen Sprachverwirrung unserer Tage<sup>48</sup> zeigt, daß die echte Substanz bedacht und genutzt werden kann, die auch in verkehrten und mißbrauchten Begriffen enthalten ist, wenn dabei beachtet wird, daß sie Ausdrucks- und Hilfsmittel der Geschichte sind, nicht schon die Wahrheit selbst bedeuten, wie es die Partei- und Ideologiesprachen mit ihren liturgiehaften Wortformeln suggerieren; auch das modische Medien- und Wissenschaftsvokabular zeigt sich zumal im Schlepptau des Soziologismus und Psychologismus dafür anfällig, Wörter absolut zu setzen, denkt man an Zauberformeln wie Emanzipation, Aufklärung, progressiv, Lebensqualität und ebenso suggestive Verfallsformeln wie Spätkapitalismus.<sup>49</sup> Demgegenüber gilt die Erfahrung: es gibt eine wechselseitige Annäherung von Begriff und Geschichte, aber nicht ihre Identität: sie wäre nur gewaltsam möglich, wie die Diktatoren beweisen, die sich auf Rousseau oder Hegel und ihre Schüler berufen. Es bleibt die Spannung zwischen Wort und Sache, die nur auf Kosten der Wahrheit und Freiheit aufzuheben ist.

Ein solches Bestehen auf dem jeweiligen historischen Zusammenhang und Gehalt, aus dem sie nicht zu lösen sind, gibt den Schlüsselwörtern in der Geschichte den Rang von geschichtlichen Grundbegriffen: Untersuchungen, wie sie das gleichnamige Werk von Brunner-Conze-Koselleck bietet, zeigen die Aktualität und Begründetheit solchen Bemühens um Bedeutung und Grenzen der großen Wörter, und sie demonstrieren auch ihre Überprüf-

barkeit. Dies Bemühen ist freilich auch unbequem, da sich politische Meinungsmacher und Ideologen den Traum von den großen verbalen Lösungen und die Instrumente der Manipulation nur ungern nehmen lassen: der Zauber der Wörter ist der Zauber der Theorien. In Deutschland zumal hat die Verführungskraft der Worte und Theorien sich öfter als stärker erwiesen als die Einsichtsfähigkeit und Verantwortung nicht nur der Intellektuellen: politische Sprache hat sich hier auch unter dem Eindruck eines deutschen Sonderwegs seit hundert-siebenzig Jahren dunkel und scharf, kompliziert und abstrakt neben und oft gegen die politischen Realitäts- und Verantwortungsverhältnisse entwickelt. Beispiele: die Tradition eines gegenüber der Wirklichkeit übersteigerten Fichte- und Hegeltums; der anderwärts unter Schrecken bewunderte Teutonismus unserer Theoriesprache; die Totalformeln des Marxismus, wirksam nicht zuletzt als ein immer wieder neu zu erweckender Zauber der Worte, von der »Entfremdung« bis zum »Absterben des Staates« (nirgends sonst hat die Neue Linke sie so wörtlich verfügbar wie in der »deutschen Tradition«). Aber auch die von George Mosse so genannten »mystical origins« des Nationalsozialismus<sup>50</sup> im Nationalismus, Sozialismus, Deutschchristentum und Rassismus konnten daraus erwachsen, von der »Einzigartigkeit« bis zur »Endlösung«. Das weist auf Affinitäten und Vergleichbarkeiten des Rechts- und Linksradikalismus, die beide auf je ihre Weise aus dieser Tradition schöpfen, ob es nun im Rausch des Progressismus oder des romantischen Rückfalls geschieht.<sup>51</sup>

Wenn heute wieder von jener deutschen Tradition zu hören ist und von der Furcht der anderen, daß sich zum Beispiel die Germanistik erneut als eine Binnenwissenschaft von der Welt abkapseln könne – diesmal nicht völkisch-nationalistisch, sondern im Sinne einer Theoriebesessenheit, die zuweilen totalitäre Züge zeigt –,<sup>52</sup> so deutet das noch über die Beobachtungen hinaus, die auf unsere technisierte Welt gemeinhin zutreffen: die Wirkungen der Global-Zivilisation und der Nivellierung im Massenkonsum auf eine Enthistorisierung der Wörter, Begriffe und zugleich ihre Re-Ideologisierung. Gegen die Heilsversprechen der Wort-Propheten genügt darum auch nicht die nüchterne Relativierung der Begriffe, die Absage an Ideologien und die Berufung auf Effizienz und Zweckmäßigkeit empirisch-praktischer Politik. Es bedarf auch eines legitimitätsstiftenden Bemühens um Vergegenwärtigung und Wiederbelebung der echten, das heißt sinn- und werthafte Substanz von politischen Schlüsselbegriffen, die dem Vakuum entgegenwirkt.<sup>53</sup> Das entspricht dem Menschen als Zoon politikòn, wie es Aristoteles in seiner Politik formuliert hat: »Das Wort aber oder die Sprache ist dafür da, das Nützliche oder Schädliche und so denn auch das Gerechte und Ungerechte anzuzeigen. Denn das ist den Menschen vor den anderen Lebewesen eige[n], daß sie Sinn haben für gut und böse, für gerecht und

ungerecht und was dem ähnlich ist. Die Gemeinschaftlichkeit dieser Ideen aber begründet den Staat.<sup>54</sup> Darum bemüht sich auch der gute Staatsmann des Konfuzius, der zuerst die Bedeutung der Wörter festlegen soll, weil klare Begriffe die Grundlage der Moral und des Handelns bilden. Er dulde nicht, sagt Konfuzius, »daß in seinen Worten irgend etwas in Unordnung ist.«<sup>55</sup>

Den Wertverfall und die Pervertierung der Schlüsselworte aufzuhalten, das heißt die Geschichte der Wörter zunächst einmal historisch ernst nehmen, dann auf ihren geistigen Gehalt und ihre humane Logik prüfen, die Ermöglichung oder Unterdrückung individuell-persönlichen, gewissenmäßigen Wertempfindens als Maßstab politischer Begriffe anerkennen, gegebenenfalls die Gehaltlosigkeit und Unmenschlichkeit ihrer Entwicklung und Anwendung bloßstellen. Dafür das Handwerkszeug zu verbessern, die Forschungsfragen zu verfeinern und die Wertprobleme zu durchdenken, ist eine Aufgabe, bei der politische Ideengeschichte und Zeitgeschichte enger als bisher zusammenwirken, aber auch auf die anderen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen hören, die es allesamt mit dem Wortproblem zu tun haben und ihrerseits der Dimension der Geschichte bedürfen. Sie könnten gerade mit ihrer Skepsis und trotz ihrer Skepsis helfen, der Gefahr unserer Zeit und Wissenschaft, der Ideologisierung und Manipulierbarkeit zu begegnen und zu steuern. Der Streit um Werturteile und Maßstäbe in der geschichtlich-politischen Begriffsbildung ist aber weder einfach »historisch« zu lösen – indem man sich auf den Geist der jeweiligen Epoche beruft – noch auch durch die Suche nach einem einzigen oder verwaltenden Prinzip der Beurteilung: sowohl staatskonservative wie hegelische und marxistische Geschichtsdoktrinen führen in die Irre, wobei heute die letzteren die größere Gefahr bilden, nachdem das verflossene Jahrhundert eine ausschließlich nationalkonservative Fixierung der Geschichte ad absurdum geführt hat. Um so mehr geht es heute um die Offenheit für alle möglichen Fragestellungen, aber auch gegen allzu voreilige (und oft bequeme) Theoriesucht auf Kosten, unter Übergehung oder in Antizipation empirischer Forschung.

Geschichte des politischen Denkens heißt Geschichte der Spannung zwischen Konzepten und Erfahrung. Die Wörter und Begriffe, die dieser Spannung entspringen, müssen an der sich wandelnden Erfahrung stets neu gemessen werden. Denn die Erfahrung ist es, die dem Denken Halt gibt.

Es bleibt das Grundproblem: man kann Geschichte aufschließen durch Schlüsselwörter – aber auch zuschließen. Das gilt für alte wie für neue: Wortmacht und Wortmagie liegen oft nah beieinander, wie die gegenwärtig neu auflebende Kontroverse um Martin Heidegger zeigt, wo solche Wortmagie, nicht zuletzt auch im Sprachgebrauch der Epigonen, das Verhältnis von Gedanke und Wirklichkeit – oder von »Sein und Zeit« – oft nicht weniger verdunkelt als erhellt. Demgegenüber gilt die Forderung nach einer

steten sprachlich-historischen Kontrolle. »Der Verfremdungseffekt durch vergangene Erfahrung mag dann der gegenwärtigen Bewußtseinsschärfung dienen, die von historischer Klarstellung zu politischer Klärung führt.«<sup>56</sup> Solche Klärung ist im politischen und literarischen wie im wissenschaftlichen und philosophischen Streit der Wörter und Begriffe von allererster Bedeutung, weil sich in ihm unser Verhältnis zur vergangenen und zur künftigen Geschichte und nicht zuletzt auch unsere Freiheit entscheidet.

## ANMERKUNGEN:

- 1 JACOB BURCKHARDT, *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, hrsg. von Werner Kaegi, Bern 1941, S. 69 f.; vgl. dazu jetzt WERNER KAEGI, *Jacob Burckhardt zwischen Naturwissenschaft und Philosophie*, in: *Historische Zeitschrift* 224 (1977), S. 4 ff., mit einem aufschlußreichen Fragment zur Entstehungsgeschichte. Die Stelle lautet hier ausführlicher: »Freundschaft der Geschichte mit den Naturwissenschaften. Sie beide allein haben (oder können haben) ein objektives, absichtsloses Mitleben in den Dingen, die Naturwissenschaft allein verlangt nichts von der Geschichte, während Theologie und Jus die Geschichte beeinflussen wollen. – Die Philosophie behauptet zwar über allem zu schweben, hospitiert aber eigentlich überall.« Zum Wahrheitsbegriff Burckhardts besonders PETER GAY, *Style in History*, New York 1974, S. 174 ff.
- 2 ARNOLD BRECHT, *Politische Theorie*, Tübingen 1961, <sup>2</sup>1976, auch als Versuch einer Anpassung der Problemstellung an die weitere internationale Entwicklung: historisch-politisch und wissenschaftstheoretisch; zu Max Weber besonders S. 268 ff. Vgl. ferner WOLFGANG J. MOMMSEN (»Max Weber«) und JÜRGEN KOCKA (»Otto Hintze«) in: H. U. Wehler (Hrsg.), *Deutsche Historiker III*, Göttingen 1972, S. 65 ff.; 41 ff.
- 3 Als politikwissenschaftliches Beispiel sei nur der fragwürdige, in der Sache übertriebene Titel des Buches von J. DITTBERNER, R. EBBIGHAUSEN (Hrsg.) genannt: *Parteien in der Legitimitätskrise*, Opladen 1975; vor allem aber der gewaltige Einfluß von JÜRGEN HABERMAS (z. B. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, 1973). Die Krise kommt, indem man sie beschwört. Dagegen treffend die Kritik von WILHELM HENNIS, *Legitimität*, in: *Legitimationsprobleme politischer Systeme*. Sonderheft *Politische Vierteljahresschrift* 1976, S. 9 ff. Grundlegend ferner PETER GRAF KIELMANSEGG, *Volksouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität*, Stuttgart 1977, S. 168 ff. Vgl. auch den Tagungsbericht (*Politische Akademie Tutzing*) »Legitimität des parlamentarischen Systems«, in: *Das Parlament* Nr. 48 (27. II. 76), S. 5.
- 4 Dazu neuerdings besonders WOLFGANG ZORN, »Engagierte und werturteilsfreie Geschichtswissenschaft« (S. 74 ff.) sowie die Aufsätze von K. HÜBNER, J. ROHLFES, Th. NIPPERDEY, W. J. MOMMSEN u. a. in: Eberhard Jäckel und Ernst Weymar

(Hrsg.) Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, Stuttgart 1975.

- 5 Vgl. die treffende Problemskizze von WOLFGANG BERGSDORF, »Die sanfte Gewalt, Sprache-Denken-Politik«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/77 (18. 6. 77), S. 40f. Jetzt auch derselbe, Politik und Sprache, München 1978, S. 48 ff.
- 6 So vor allem ERNST TOPITSCH, Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, Neuwied 1961, sowie Die Sozialphilosophie Hegels als Heilslehre und Herrschaftsideologie, Neuwied 196. Vgl. die einschränkende Erörterung bei Hermann Lübke, Theorie und Entscheidung, Freiburg/Br. 1971, S. 111 ff., sowie in Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.) Hegel und die Folgen, Freiburg 1970.
- 7 Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland (hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck), Bd. I, Stuttgart 1972, S. XIV.
- 8 DIETER GROH, ebenda Bd. I, S. 771. Charakteristisch ist eher die Vermischung von neuen mit alten Begriffen: vgl. Walter Schlangen (Hrsg.), Politische Grundbegriffe, Stuttgart 1977.
- 9 »Der Historismus und seine Probleme« (1928), zitiert nach Fritz Stern (Hrsg.), Geschichte und Geschichtsschreibung, München 1966, S. 284. Zur historischen Problematik des Feudalismus-Begriffs ELIZABETH A. R. BROWN, »The Tyranny of a Construct: Feudalism and Historians of Medieval Europe«, in: American Historical Review 79 (1974), S. 1063-1088. Zur allgemeinen Problematik vgl. schon THEODOR SCHIEDER, »Der Typus in der Geschichtswissenschaft«, zuerst in: Studium Universale 5 (1952), S. 228 ff.; BERNHARD ZITTEL, ebenda, S. 378 ff.; ferner TH. SCHIEDER; »Unterschiede zwischen historischer und sozialwissenschaftlicher Methode«, in: Geschichte und Soziologie, hrsg. von H. U. Wehler, Köln 1972, S. 283 ff.
- 9a So auch HEINRICH RICKERT, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft, Tübingen 1921, S. 118 ff.
- 10 Vgl. K. D. BRACHER, Zeitgeschichtliche Kontroversen, München 2 1976, S. 13 ff.; MICHAEL WOLFFSOHN, »Linker und rechter National-Sozialismus«, in: Zeitschrift für Politik 24/1 (1977), S. 56 ff. Zur Polykratie-These zuletzt PETER HÜTTENBERGER, »Nationalsozialistische Polykratie«, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 417 ff. Wie groß die Probleme einer empirisch-vergleichenden Faschismus-Theorie sind, wird erneut deutlich an den Versuchen in: WOLFGANG SCHIEDER (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung, Hamburg 1976, die bei aller Reichhaltigkeit jeweils dem italienischen oder deutschen »Fall« verhaftet bleiben, sieht man von der anregenden Einleitung Schieders ab.
- 11 Vgl. MICHAEL MILDENBERGER, »Spiritualität als Alternative«, in: Ökumenische Rundschau 26/2, April 1977, erweitert in: Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Information Nr. 68 (IX/77). Den Hinweis danke ich Eberhard Bethge.
- 12 Hierzu besonders auch THOMAS NIPPERDEY, »Historismus und Historismuskritik heute«, in: Jaeckel-Weymar, a. a. O., S. 94 f.
- 13 J. ROHLFES, ebenda, S. 73, 71.
- 13a Grundlegend KURT VON FRITZ, The Theory of the Mixed Constitution in Anti-

- quity, New York 1958; MICHAEL ROSTOCK, Die antike Theorie der Organisation staatlicher Macht, Meisenheim 1975, S. 237 ff.; 306 ff. Vgl. auch HATTO H. SCHMITT, »Polybios und das Gleichgewicht der Mächte«, in: Entretiens sur l'antiquité classique XX, Genf 1974, S. 67 ff.; K. E. PETZOLD, »Kyklos und Telos im Geschichtsdanken des Polybios«, in: Saeculum 28 (1977), S. 253 ff., besonders auch zur Fortschrittsproblematik. Zum historisch-aktuellen Zusammenhang von Begriffs- und Verfassungsverständnis am Beispiel von Gleichgewicht und Mischverfassung jetzt WILHELM HENNIS, »Vom gewaltenteilenden Rechtsstaat zum teokratischen Programmstaat«, in: Res publica (Festschrift Dolf Sternberger), München 1977, S. 176 ff.
- 13b Zur Problematik historiographischen Fortschritts, zumal am Beispiel der Alten Geschichte, vgl. M. I. FINLEY, »Progress in Historiography«, in: Daedalus (Sommer 1977), S. 125 ff.
- 14 Dazu LUDWIG EDELSTEIN, The Idea of Progress in Classical Antiquity, Baltimore 1967; K. D. BRACHER, Verfall und Fortschritt im Denken der frühen römischen Kaiserzeit, Diss. Tübingen 1948; ERIC R. DODDS, The Ancient Concept of Progress, Oxford 1973, S. 1–25. Jetzt auch CHRISTIAN MEIER, »Fortschritt in der Antike«, in: Geschichtliche Grundbegriffe II, Stuttgart 1976, S. 353 ff.; ders., »Ein antikes Äquivalent des Fortschrittsgedankens«, in: HZ 226 (1978), S. 265 ff., sowie »Politisierung«, in: Archiv für Begriffsgeschichte 21 (1977). Zur Dekadenz-Diskussion vgl. zuletzt JOHANNES STRAUB (u. Anmerkung 44), S. 159 ff., sowie seine Regeneratio imperii (Aufsätze über Roms Kaisertum und Reich im Spiegel der heidnischen und christlichen Publizistik), Darmstadt 1972. Weiteres bei KARL CHRIST (Hrsg.) Der Untergang des Römischen Reiches, Darmstadt 1970; WALTER REHM, Der Untergang Roms im abendländischen Denken, Darmstadt 1966 (zuerst Leipzig 1930).
- 15 R. Koselleck, a. a. O., S. XVII; vgl. auch WOLFGANG ZORN, »Zur Geschichte des Wortes und Begriffes »Fortschritt««, in: Saeculum 4 (1953), S. 340 ff. Zur Übertragung auf den modernen Staat ULRICH MATZ, »Der überforderte Staat. Zur Problematik der heute wirksamen Staatszielvorstellungen«, in: Regierbarkeit I, Stuttgart 1977, S. 91 ff.
- 16 KENNETH J. PRATT, »Rome as Eternal«, in: Journal of the History of Ideas 26 (1965), S. 25 ff.
- 17 K. D. Bracher, »Providentia Americana, Ursprünge des demokratischen Sendungsbewußtseins in Amerika«, in: Politische Ordnung und menschliche Existenz (Festgabe Eric Voegelin) München 1962, S. 27 ff.
- 18 Zum Revolutionsbegriff nach Karl Griewank (Der neuzeitliche Revolutionsbegriff, 1955) und Hannah Arendt (Über die Revolution 1963) jetzt besonders kritisch EUGEN WEBER, »Revolution? Counterrevolution? What Revolution?« in: Journal of Contemporary History 9 (1974), S. 3 ff.; vgl. auch ROBERT WAELDER, Fortschritt und Revolution, Stuttgart 1970, S. 242 ff. Zum neuesten Diskussionsstand der Bericht der Neuen Züricher Zeitung vom 10. 6. 77 (Dritter Schweizer Historikertag); PAUL NOACK, Die manipulierte Revolution, München 1978, S. 9 ff.
- 19 K. D. BRACHER, »Der Frontier-Gedanke: Motiv des amerikanischen Fortschritts-

- bewußtseins«, in: Zeitschrift für Politik 2 (1955), S. 228 ff. Vgl. ROMAN SCHNUR (Hrsg.), Staatsräson, Studien zur Geschichte eines politischen Begriffs, Berlin 1975, S. 11 ff.; STEFAN SKALWEIT, Der moderne Staat. Ein historischer Begriff und seine Problematik, Opladen 1975, S. 5 ff. Als einflußreiche Beispiele der Übertragung: HEINRICH MITTEIS, Der Staat des Mittelalters, Weimar 1953; MATTHIAS GELZER, Vom römischen Staat, Leipzig 1943; VICTOR EHRENBERG, Staat der Griechen, Zürich-Stuttgart 1965.
- 20 Dazu zuerst ARMIN MOHLER, Die konservative Revolution in Deutschland 1918–32, Stuttgart 1950 (erweiterte Neuaufl. 1972), ferner (besonders auch zu Heidegger) WALTER HOF, Der Weg zum heroischen Realismus, Tübingen 1974.
- 21 MARIO WANDRUSZKA, »Sprache und Sprachen«, in diesem Bd. S. 18 ff.
- 22 Zitiert nach Fritz Stern, Geschichte a. a. O., S. 27.
- 23 Vgl. JOACHIM ISREAL, Der Begriff Entfremdung, Reinbek b. Hamburg 1972, S. 32 ff., und jetzt besonders FRANZ VON MAGNUS, Normative Voraussetzungen im Denken des jungen Marx, Freiburg/München 1976. Besonders aber LESZEK KOLAKOWSKI (Leben trotz Geschichte, München 1977, S. 218 ff.), der das Konzept von der Aufhebung der »sogenannten Entfremdung« als einen prinzipiellen Denkfehler über den Menschen und seine Möglichkeiten enthüllt. Aus neuplatonisch-christlicher Metaphysik über Hegel zu Marx gelangt, ist die Entfremdungstheorie in der marxistischen Ideologie zu einem nebelhaften Allerweltskonzept und zur Zauberformel geworden: »Das Wort ›Entfremdung‹ soll eine Suggestion einblasen, daß wir, die es gebrauchen, eine fertige globale Lösung für alle menschlichen Schwierigkeiten in der Hand halten, während eine solche Lösung weder existiert noch je existieren wird. So hilft uns dieses Wort vor allem, das Denken loszuwerden und es durch eine vage Phrase zu ersetzen« (S. 230). Auch der Totalitarismus-Begriff, gemeinhin Mussolini (1925) zugeschrieben und von diesem dann emphatisch in Anspruch genommen, ist schon zuvor (1923) gerade von der demokratisch-antifaschistischen Opposition genutzt worden, um den faschistischen Wahlmißbrauch und den »totalitären Geist« der Unterdrückung, die »totalitäre Umwandlung« der Werte zu kritisieren: Vgl. jetzt JENS PETERSEN, »Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien«, in: Manfred Funke (Hrsg.), Totalitarismus, Düsseldorf 1979, S. 110 ff.
- 24 KARL POPPER, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 4. Aufl. (2 Bde) München 1975, besonders I, S. 21 ff.; 127 ff.; 213 ff.; 228 ff.; II, S. 275 ff.
- 25 Vgl. besonders ELEONORE STERLING, Der unvollkommene Staat, Studien über Diktatur und Demokratie, Frankfurt, 1965, S. 101. Zu Schlüsselbegriffen der frühen griechischen Theorie, aus denen die erste Demokratie der Geschichte in Athen hervorgegangen ist (vor allem Nomos und Isonomia), vgl. die vorbildliche Wortuntersuchung von MARTIN OSTWALD, Nomos and the Beginnings of the Athenian Democracy, Oxford 1969, S. 20 ff.
- 26 FRITZ STERN, Geschichte, a. a. O., 24, vgl. jetzt auch HENNES LÖFFLER, Macht und Konsens in den klassischen Staatsutopien. Eine Studie zur Ideengeschichte des Totalitarismus, Köln usw. 1972. Zur Frage eines nicht-totalitären Utopiebegriffs ULRICH HOMMES, »Brauchen wir die Utopie«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 20/77, S. 3 ff. Grundlegend überhaupt WOLFGANG MAUTL, Repräsentation und

- Identität, Wien 1975.
- 27 Ein Vorwurf, der besonders häufig auch von den selbsterklärten Progressisten im Kampf um die politische Bildung (z. B. anlässlich der Rahmenrichtlinien für Politik- und Gesellschaftslehre) erhoben wird. Vgl. dazu etwa BERNHARD SUTOR, in: *Der Streit um die politische Bildung* (hrsg. von P. Gutjahr-Röser und H. H. Knütter), München-Wien 1975, S. 56 ff., sowie Beispiele aus den Richtlinien-Kontroversen (z. B. S. 126 ff).
- 27a K. D. BRACHER, W. SAUER, G. SCHULZ, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*,<sup>3</sup> 1974, Bd. I, S. 472 ff.; *Die deutsche Diktatur*,<sup>6</sup> 1979, S. 209 ff.
- 27b BORIS MEISSNER, »Partei, Staat und Nation in der neuen Verfassung der UdSSR«, in: *Osteuropa* 28/1 (1978), S. 6 ff. (und passim); derselbe, »Die besonderen Wesenszüge der sowjetischen Bürokratie und die Wandlungsmöglichkeiten des Einparteiensystem«, in: *Einparteiensystem und bürokratische Herrschaft in der Sowjetunion*, Köln 1978, S. 96 ff.
- 28 In der Gleichgewichtsliteratur tritt der enge Zusammenhang mit mechanistischen Vorstellungen deutlich hervor, doch sind sie meist auf die zwischenstaatlichen Aspekte konzentriert. So auch der informative, leider nur bis zum Ersten Weltkrieg reichende Artikel von HANS FENSKE, »Gleichgewicht, Balance«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, II, S. 959 ff.
- 29 Vgl. schon ERNST FRAENKEL, »Gewaltenteilung«, in: E. Fraenkel, K. D. Bracher (Hrsg.), *Staat und Politik*, Neuausgabe Frankfurt 1964, S. 122 f.; HEINZ RAUSCH (Hrsg.) *Zur heutigen Problematik der Gewaltentrennung*, Darmstadt 1969.
- 30 PAUL KEVENHÖRSTER, *Das Rätssystem als Instrument zur Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht*, Opladen 1974, S. 95 ff.; GERHARD A. RITTER, »Direkte Demokratie und Rätewesen in Geschichte und Theorie«, in: E. K. Scheuch (Hrsg.), *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft*, Köln 1968, S. 188 ff. Zum Stand der Diskussion HERBERT KÜHR, »Die halbe Macht den Räten?«, in: *Neue politische Literatur* 22/1 (1977), S. 1 ff.
- 31 Zur widersprüchlichen, beliebig auslegbaren Gewerkschaftstheorie Lenins (Transmissionsriemen, Teilnahme an den Staatsorganen) LEONARD SCHAPIRO, *Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Frankfurt/M. 1961, S. 219; 233; 354 ff.; WOLFGANG LEONHARD, *Die Dreispaltung des Marxismus*, Düsseldorf/Wien 1970, S. 122 ff.; vgl. auch *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. II, Sp. 1050 ff. Zur Rolle der »Deutschen Arbeitsfront« im Dritten Reich HANS-GERD SCHUMANN, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung*, Hannover 1958.
- 32 GHITA IONESCU und ISABEL DE MADARIAGA, *Die Opposition, Ihre politische Funktion in Vergangenheit und Gegenwart*, München 1971, S. 155 ff. Zur demokratischen Bilanz HEINRICH OBERREUTHER (Hrsg.) *Parlamentarische Opposition. Ein internationaler Vergleich*, Hamburg 1976; HANS-GERD SCHUMANN (Hrsg.) *Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland*, Darmstadt 1976, S. 3 ff.
- 33 Vgl. ERWIN FAUL, »Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 5 (1964), S. 60 ff.; CLAUD D. KERNIG, *Die kommunistischen Parteien der Welt*, Freiburg/Br. 1969; ARYEH L. UNGER, *The Totalitarian Party, Party and People in*

- Nazi Germany and Soviet Russia, Cambridge 1974, S. 1 ff.
- 34 Vgl. etwa A. DAVID NUNN, Politische Schlagwörter in Deutschland seit 1945, Gießen 1974; vorher grundlegend OTTO LADENDORF, Historisches Schlagwörterbuch, 1906 (Neudruck Hildesheim 1968).
- 35 Zitiert nach Fritz Stern (Hrsg.), Geschichte, a. a. O., S. 302; hier im Zusammenhang mit der Kritik an einer »Inflation des Renaissance-Begriffs«.
- 36 ERNST NOLTE, Deutschland und der kalte Krieg, München 1974, S. 619.
- 37 So etwa EDUARD HEIMANN und HEINZ DIETRICH ORTLIEB: vgl. die Aufsätze in Wirtschaft und Gesellschaft, Ordnung ohne Dogma (H. D. Ortlieb zum 65. Geburtstag) hrsg. von E. Arndt, W. Michalski, B. Molitor, Tübingen 1975.
- 38 Zu den raschen Wendungen und Ideologisierung in der Emanzipationsdebatte, vor allem auf dem kritisch-pädagogischen Kampffeld des letzten Jahrzehnts, vgl. die Übersicht von JÜRGEN OELKERS, »Emanzipation-Erziehungsziel von gestern?« in: Neue Politische Literatur 22 (1977), S. 141 ff., sowie THEODOR WILHELM, Jenseits der Emanzipation, Pädagogische Alternativen zu einem magischen Freiheitsbegriff, Stuttgart 1975.
- 38a Zusammenfassend jetzt K. D. BRACHER, »Ende des bürgerlichen Zeitalters? Betrachtungen zur antibürgerlichen Welle der Zwischenkriegszeit«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48/78, S. 3 ff.
- 39 Bergsdorf, a. a. O., S. 44 f.
- 40 Vgl. EDMUND SILBERNER, Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962 und besonders H. H. KNÜTTER, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1971, S. 123 ff. Ferner HENRYK M. BRODER, »Antizionismus – Antisemitismus von links«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/76, S. 31 ff.
- 41 Vgl. GEORGE WATSON, »The Myth of Catastrophe«, in: The Yale Review 65 (1976), S. 357 ff. – am Beispiel Englands. Jetzt auch in: G. WATSON, Politics and Literature in Modern Britain, London 1977, S. 98 ff. (mit wichtigen weiteren Aufsätzen).
- 42 Bergsdorf, a. a. O. S. 39.
- 43 K. D. BRACHER, Die deutsche Diktatur, Köln 1976, S. 456 ff.
- 44 So schon die klassische Darstellung von EDWARD GIBBON, Decline and Fall of the Roman Empire (1776); vgl. besonders (mit Nachweisen) JOHANNES STRAUB, »Gibbons Konstantin-Bild«, in: Pierre Ducrey (Ed.), Gibbon et Rome, Genf 1977, S. 159 ff. Ferner die reichhaltigen Analysen in: Edward Gibbon and the Decline and Fall of Roman Empire (Daedalus, Summer 1976), besonders S. 137 ff. und zum Denkstil Gibbons Peter Gay, a. a. O., S. 21 ff. Zur Anwendung des Revolutionsbegriffs FRIEDRICH VIETINGHOFF, »Der Übergang von der ›Antike‹ zum ›Mittelalter‹ und die Problematik des modernen Revolutionsbegriffes«, in: P. E. Hübinger (Hrsg.), Zur Frage der Periodengrenze zwischen Altertum und Mittelalter, Darmstadt 1969, S. 298 ff.
- 45 Vgl. vom Verfasser (der darob scharf kritisiert wird): Zeitgeschichtliche Kontroversen, München 1976, S. 6 ff.; 61 ff., 91; Die Krise Europas 1917–1975 (Propyläen Geschichte Europas) VI, 1976, S. 34 ff.
- 46 Autorenkollektiv der Akademie der Wissenschaften, unter Leitung von Wolf Dietrich Hartung (Ost-)Berlin 1974, 1976.

- 47 WERNER CONZE, in: *Geschichtliche Grundbegriffe II*, S. 543.
- 48 Verwiesen sei auch auf die Grundwerte-Kontroversen 1976/77 zwischen Regierungschef (Helmut Schmidt), Oppositionsführer (Helmut Kohl) und anderen Spitzenpolitikern (Hans Maier, Werner Maihofer): Günter Gorschenek (Hrsg.), *Grundwerte in Staat und Gesellschaft*, München 1977, vgl. zuletzt OTTO KIMMICH, »Die Grundwerte im demokratischen Rechtsstaat«, in: *Zeitschrift für Politik* 24/1 (1977), S. 1 ff., sowie HELMUTH KUHN, »Der Streit um die Grundwerte«, ebenda S. 18 ff.
- 49 Mit der Formel vom »Ende des Kapitalismus« wurde schon die Systemkritik gegen die Weimarer Republik von links wie auch von rechts vorgetragen (vgl. z. B. das gleichnamige Buch von Ferdinand Fried, Jena 1931). Zur gegenwärtigen Problematik eines teils schleichenden, teils gewalttätigen Wort- und Begriffswandels von links besonders KURT SONTHEIMER, *Das Elend unserer Intellektuellen*, Hamburg 1976; HERMANN LÜBBE, »Fortschritt als Orientierungsproblem im Spiegel politischer Gegenwartssprache«, in: *Tendenzwende?* Stuttgart 1975, S. 9 ff.; WILHELM HENNIS, *Organisierter Sozialismus*, Stuttgart 1977, S. 14 f.
- 50 GEORGE L. MOSSE, »The Mystical Origins of National Socialism«, in: *Journal of the History of Ideas* 22 (1961), S. 81 ff.; vgl. ders. *The Crisis of German Ideology*, New York 1961, S. 14 ff., sowie ARNOLD METZGER, »Das Dämonische im deutschen Denken«, in: *Dämonie und Transzendenz*, Pfullingen 1964, S. 156 ff. Noch immer aktuell Alfred Döblins Charakterisierung einer absolutären Tendenz deutscher Literatur, die auch politische Theorie und Terminologie in Deutschland betrifft: »Es muß eine fürchterliche Neigung, an der der Deutsche festhält, erschüttert werden: den Einzelmenschen direkt zum Überirdischen und zu Gott zu führen unter Ausschaltung der ganzen dazwischenliegenden, kämpferischen und leidend zu durchschreitenden und zu durchdringenden Realität. Diese Neigung hat ihn auch so leicht ein Opfer der Diktatur und Utopie werden lassen« (ALFRED DÖBLIN, *Die literarische Situation*, 1947, S. 35). Zum historischen Hintergrund besonders FRITZ STERN, *The Politics of Cultural Despair*, Berkeley 1961, S. 267 ff.; *The Failure of Illiberalism*, New York 1972, S. XXII ff. Ferner grundlegend J. L. TALMON, *The Origins of Totalitarian Democracy*, London 1952 (deutsch 1961); und: *Political Messianism – The Romantic Phase*, 1960 (deutsch 1963).
- 51 Dazu schon RICHARD LÖWENTHAL, *Romantischer Rückfall*, Stuttgart 1970, S. 8 ff.
- 52 Vgl. den Bericht über das Symposium »Germanistik im Ausland« (Tübingen), in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 31. 5. 77.
- 53 Vgl. dazu besonders ULRICH MATZ, *Politik und Gewalt. Zur Theorie des demokratischen Verfassungsstaates und der Revolution*, Freiburg/Br. 1975.
- 54 Aristoteles, *Politik I/2*, 1253a (*Philosophische Bibliothek* 7), Leipzig 1943, S. 4.
- 55 Gespräche XIII/3, zitiert nach Bergsdorf, a. a. O., S. 41.
- 56 R. Koselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe I*, S. XIX.

IVAN ILLICH

## Sprachgefangenschaft: Warenbezogene Sprachlähmungen im Gespräch über die Umwelt

Mit diesem Vortrag will ich Sie einladen, mir in einen toten Winkel der Sprachforschung zu folgen. Ich will von der Sprache als industrieller Ware sprechen, vom redseligen Wortenzug durch beamtete Bildungswut und vom Verlust der herkömmlichen sprachimmanenten relativen Gleichverteilung der Sprachmacht. Ich werde versuchen, das Umgangsideom der spätindustriellen Epoche zu beschreiben, werde dann nachweisen, daß dieses weitgehend zum Kommunikationsmittel herabgewürdigte Idiom einen Sonderfall unter den bisher bekannten Sprachen der Menschheit darstellt, und werde zum Schluß die mediengeprägte Hochsprache auf ihre logische, ethische und politische Eignung zum Gespräch über die Umwelt untersuchen. Die Entstehung der Muttersprache, der Missionssprache, der schriftgemäßen Alltagssprache und der Fernsehsprache sind vier der Etappen, in denen sich die technokratische Grundstruktur der heutigen Alltagssprache herausgebildet und die die demokratische Struktur herkömmlicher Sprachen beeinträchtigt hat. Ich will diesen Artunterschied herausarbeiten und in seine Philogenese hineinleuchten.

Wenn ich über Sprache als Ware sprechen will, dann kann ich wegen dieser Wortbesetzung Fehldeutungen meiner Aussage nicht leicht vermeiden. Es ist eben die warenhaft gewordene Sprache, deren ich mich bediene, die meine Zuhörer – oft als Selbstschutz – befähigt, mich in der von mir gesprochenen Sprache gefangenzusetzen. Die sowohl von der Schul-Ökonomie wie von der kritischen Theorie her erfolgte Besetzung der wirtschaftsbezogenen Alltagssprache lähmt meine Sprachmächtigkeit in jedweder Aussage, die ich über die Warenhaftigkeit der Sprache machen will. Und da ich es außerdem noch vorziehe, in diesem Vortrag soweit wie möglich mit Metaphern, ja selbst mit Karikaturen auszukommen und mich so wenig wie